TEIL III E) DIE FOLGEN FÜR DIE UNTERSTÜTZER

„Legalisierte" Aggression

Die meisten Menschen glauben vermutlich, dass sie nur „unbeteiligte Dritte" seien, wenn es zu autoritärer Unterdrückung und Ungerechtigkeit kommt. Tatsächlich gibt es kaum jemanden, der nicht in irgendeiner Form Befürworter der „Staatsgewalt" ist.

Jeder, der zur Wahl geht, duldet die Initiierung von Gewalt gegen seine Nachbarn, auch wenn das erstmal als solches nicht zu erkennen ist. Und zwar unabhängig von demjenigen, den er wählt oder sogar aktiv unterstützt, unabhängig davon, ob er sich dabei nur auf bestimmte „politische Vorhaben" oder nur ein bestimmtes „Programm" der „Regierung" bezieht.

Dies liegt daran, dass ein „Gesetz" nichts mit freundlichen Vorschlägen oder höflichen Anfragen zu tun hat. Jedes so genannte „Gesetz", das von Politikern erlassen wird, ist ein Befehl, dem unter Androhung und Anwendung von Gewalt Folge zu leisten ist. George Washington formulierte es so: „Der Staat ist nicht Vernunft, er ist nicht Beredsamkeit, er ist Gewalt."

Die meisten Menschen sind in ihrem Alltag mit Drohungen oder körperlicher Gewalt gegen ihre Mitmenschen sehr zurückhaltend. Nur ein winziger Bruchteil der vielen persönlichen Meinungsverschiedenheiten würde zu einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt führen. Doch wegen des religiösen Glaubens an die „Regierung" befürwortet so ziemlich jeder Gewalt, ohne es zu bemerken. Ohne jedes Schuldgefühl, weil er glaubt, dass Drohungen und Zwang von Natur aus legitim seien, wenn sie als „Vollzug von Gesetzen" bezeichnet werden. Jeder weiß, was mit „Gesetzesbrechern" passiert. Sie müssen ein „Bußgeld" bezahlen - das entspricht einer Zahlungsaufforderung unter Androhung von Gewalt. Oder es erfolgt eine „Festnahme" bzw. gewaltsame Gefangennahme und es kann sogar dazu kommen, dass „Gesetzeshüter" jemanden töten, der Widerstand leistet.

Die Grundlage jedes „Gesetzes" ist eine Bedrohung, die aus der Fähigkeit und Bereitschaft besteht, tödliche Gewalt gegen diejenigen anzuwenden, die nicht gehorchen. Jeder, der die Fakten offen und ehrlich anerkennt, kann dieses bestätigen. Aber der religiöse Glaube an die „Autorität" führt zu einer seltsam widersprüchlichen Interpretation dieser Realität. Fast jeder will, dass andere durch „Gesetze" dazu gezwungen werden, bestimmte Dinge zu tun oder bestimmte Dinge zu finanzieren. Sie fordern also die Androhung und Anwendung von Gewalt und wissen sehr genau, was passiert, wenn sich jemand nicht an die „Gesetze" hält. Gleichzeitig wird die eigene Befürwortung von Gewalt nicht einmal wahrgenommen.

Millionen von Menschen halten sich selbst für friedlich und zivilisiert. Sie verteidigen aber gleichzeitig bewaffnete Raubüberfälle durch den Staat. Ob sie die Opfer dieser Taten selbst kennen

oder ob es sich um Millionen ihnen unbekannter Menschen handelt, spielt für sie keine Rolle. Viele von ihnen behaupten sogar voller Stolz, „Pazifisten" zu sein. Sie erkennen den Widerspruch nicht, weil der Raub hinter dem Euphemismus der „Besteuerung" versteckt ist und die Taten von Menschen verübt werden, die dem Irrglauben verfallen sind, dass sie das Recht dazu haben, im Namen der „Regierung" andere zu berauben.

Das Ausmaß an Blindheit und Selbstbetrug, das der Glaube an die „Autorität" erzeugt, ist riesig.

Sobald die Gewalt, die befürwortet wird, „politisch" ist, wird keinerlei Verantwortung mehr für die Folgen der Gewaltforderung übernommen. Diejenigen, die zum Beispiel „staatliche Leistungen" beantragen, verlangen Anteile der Beute, die ihren Nachbarn durch die „Besteuerung" mit Gewalt geraubt wurde. Für die „Regierung" zu arbeiten, läuft ebenfalls darauf hinaus, dass die Nachbarn dazu gezwungen werden, einem das Gehalt zu zahlen. Ob es eine direkte Zahlung, eine Dienstleistung, ein staatliches Programm oder irgendeine andere Unterstützung ist - der Empfänger greift normalerweise zu und bedient sich am gestohlenen und geraubten Eigentum. Ohne den geringsten Anflug von Scham oder Schuld. Er lässt andere in seinem Auftrag berauben und gleichzeitig kann er der liebste und netteste Nachbar seiner Raubopfer sein. In keiner anderen Situation gibt es so eine merkwürdige, widersprüchliche Konstellation.

Dieses Phänomen tritt nicht nur bei den Befürwortern aggressiver Handlungen auf, sondern auch bei den Opfern. Wenn ein Hauseigentümer beispielsweise einem Einbruch zum Opfer fällt und herausfindet, dass der eigene Nachbar einen bewaffneten Räuber und Einbrecher dafür bezahlt hatte, in sein Haus einzubrechen und einige seiner Wertsachen zu stehlen, dann wären diese beiden Nachbarn sicher - um es vorsichtig auszudrücken - nicht mehr die besten Freunde. Aber wenn genau das Gleiche über den Umweg durch Wahlen und eine „Autorität" durch „gesetzmäßigen" Diebstahl geschieht, dann wäre das für den Einbrecher, seinen Auftraggeber und auch für das Opfer vollkommen in Ordnung.

(Persönliche Anmerkung des Autors: Ich habe irgendwann aufgehört zu zählen, wie viele Menschen es waren, die große Sympathien für meine Frau und mich hatten, weil wir uns dem Finanzamt nicht beugen wollten und deshalb ins Gefängnis gehen mussten. Aber keinem unserer nicht-anarchistischen Bekannten kam es jemals in den Sinn, dass uns genau die Leute ins Gefängnis gesteckt haben, die sie gewählt haben, weil wir uns nicht an die Regeln gehalten haben, die sie durch ihre Wahl befürwortet haben. Soweit ich weiß, gab es keinen einzigen Staatsgläubigen aus unserem Bekanntenkreis, der die Schizophrenie und Heuchelei auch nur bemerkt hat, die sich offenbart, wenn er die massenhafte Erpressung („Steuern") befürwortet und gleichzeitig die Opfer der gleichen Erpressung bedauert.)

Das übernatürliche Wesen der „Autorität" kann man daran erkennen, dass einerseits eifrig dafür gestimmt wird, die eigenen Nachbarn „legal" erpressen und ausrauben zu lassen, aber andererseits kaum jemand dazu bereit wäre, einen ganz normalen Sterblichen damit zu beauftragen oder jemanden dafür zu bezahlen, genau das gleiche zu tun. Kaum jemand würde eine gewöhnliche Verbrecherbande damit beauftragen, seine Nachbarn auszurauben, damit die Schule seines Kindes bezahlt wird und dieses dann auch noch als vollkommen gerechtfertigt ansehen. Aber viele Millionen Menschen befürworten genau die gleiche Sache, wenn sie die Erhebung von „Steuern" zur Finanzierung „öffentlicher" Schulen fordern.

Warum aber fühlt sich die Situation für Täter und Opfer moralisch an, sobald die „Autorität" daran beteiligt ist? Weil diejenigen, die an der „Regierung" sind glauben, dass die „Regierung" mehr ist als nur die Menschen, aus denen sie besteht. Sie stellen sich vor, dass die „Regierung" Rechte hat, die kein gewöhnlicher Sterblicher hat. Aus der Perspektive des Staatsgläubigen entspricht die Bitte an die „Regierung" etwas zu tun, eher dem Anflehen eines Gottes als ganz normale Menschen zu bitten, etwas zu tun. Ein Staatsgläubiger, der bestimmte „Gesetze" fordert, würde mit Entsetzen reagieren und sich angegriffen fühlen, wenn eine Gruppe von ganz normalen Menschen eine „Dienstleistung" anbieten würde, die mit der „Regierung" vergleichbar wäre.

Man stelle sich vor, ein paar Verbrecher machen einem Anwohner folgendes Angebot:

„Wir würden deine Nachbarn erpressen und mit dem erpressten Geld bezahlen wir die Schule, auf die dein Kind geht, wir bringen die Straßen in Ordnung und vieles mehr. Einen Anteil davon müssen wir natürlich selbst behalten. Und sage uns, wie sich deine Nachbarn verhalten sollen und wir werden dafür sorgen, dass sie das auch tut. Wenn deine Nachbarn nicht tun, was wir sagen, nehmen wir ihnen ihre Sachen weg oder stecken sie in einem Käfig."

Wenn ganz normale Menschen so ein Angebot machen würden, würde man sie für verrückt erklären und wegschicken. Das gleiche Angebot gilt aber als zulässig, ja sogar als anständig und rechtschaffen, wenn es in einer Wahlkampfrede eines politischen Kandidaten unterbreitet wird, der sich auf irgendwelche abstrakten politischen Konzepte wie das „Gemeinwohl" oder auf den „Willen des Volkes" beruft.

Ein Politiker, der sagt „wir müssen die Bildung unserer Kinder angemessen finanzieren, und wir müssen in unsere Infrastruktur investieren", meint damit, dass er anderen Menschen durch „Besteuerung" gewaltsam ihr Geld wegnehmen will, um es so auszugeben, wie er es für richtig hält. Solche gewaltsamen Übergriffe werden als gerechtfertigt akzeptiert, wenn sie im Namen der „Autorität" verübt werden. Wenn ganz normale Sterbliche genau das Gleiche tun, so gilt das als unmoralisch.

Das alles zeigt, dass die „Regierung" in den Köpfen der Staatsgläubigen deutlich mehr ist als nur eine Gruppe von Menschen. Paradoxerweise behaupten die Staatsgläubigen, dass die „Regierung" selbst, und das, was sie tun darf, vom „Volk" kommt. Jeder Glaube an die „Regierung" setzt die absurde, sektenhafte Überzeugung voraus, dass ein paar gewöhnliche Menschen durch pseudoreligiöse politische Dokumente und Rituale wie Verfassungen, Wahlen, Berufungen, Gesetzgebungsverfahren usw. ein Wesen erschaffen können, das übermenschliche Rechte besitzt - Rechte, die kein einziger der Menschen besitzt, der dieses Wesen miterschaffen hat. Und sobald die Menschen unter so einer Wahnvorstellung leiden, werden sie dieses Wesen eifrig darum bitten, dass sie ihre Nachbarn kontrollieren und erpressen. Sie glauben wirklich und wahrhaftig, dass dieser Gott namens „Regierung" dazu berechtigt ist, während ihnen gleichzeitig vollkommen bewusst ist, dass gewöhnliche Sterbliche kein Recht dazu haben.

Rechtfertigungen für aggressive Gewalt

Obwohl die „Demokratie" oft als der Gipfel der Zivilisation, Kooperation und des „einvernehmlichen Auskommens" gilt, ist sie das genaue Gegenteil davon. Die Teilnahme an Wahlen ist eine

Aggression und die „Demokratie" zu verherrlichen ist gleichbedeutend mit der Verherrlichung von Gewalt und ständigen Konflikten. Bei politischen Wahlen geht es keineswegs um Zusammenhalt, Einigkeit oder Toleranz. Bei Wahlen wird darum gestritten, auf welche Art und Weise alle zu bestimmten Verhaltensweisen gezwungen werden sollen und welche Dinge durch die Erpressungsmaschine, die sich „Staat" nennt, zwangsweise bezahlt werden müssen. Die unzähligen Wahlplakate, die die Landschaft vor jeder Wahl verschandeln, sind nicht Zeichen einer aufgeklärten, freien Gesellschaft. Sie sind das Zeichen einer geistig und körperlich versklavten Gesellschaft, die vom nicht enden wollenden Streit durchsetzt ist, welcher Sklaventreiber die Peitsche schwingen soll.

Jeder einzelne Wähler gibt Menschen die Macht, eine flächendeckende Erpressung („Besteuerung") durchzuführen, um verschiedene „politische Projekte" zu finanzieren. Unabhängig davon, wen oder was er wählt. Würde sich ein politischer Kandidat für die vollständige Abschaffung dieser systematischen Erpressung einsetzen, würde man ihn als einen extremistischen Deppen bezeichnen und auslachen. Jeder einzelne Wähler ermächtigt eine Verbrecherbande dazu, die Massen in großem Stil auszurauben. Aber kein einziger von ihnen will die Verantwortung dafür übernehmen.

Sie wissen, was ihre Kandidaten tun werden, wenn sie an der Macht sind. Sie wissen, was passiert, wenn sich jemand weigert, sich ausrauben zu lassen. Aber durch den religiösen Glauben an die „Autorität" sind die Wähler psychisch nicht in der Lage zu erkennen, dass sie durch ihre Wahlteilnahme Gewalt in riesigem Ausmaß unterstützen. Trotz aller Rhetorik und Propaganda geht es Staatsgläubigen niemals um die so genannte „Zustimmung der Regierten". Wäre tatsächlich echte Zustimmung gemeint, so würde jede politische Maßnahme, die über das hinausgeht, mit dem die dadurch betroffenen unbeteiligten Dritten zufällig einverstanden sind, ausschließlich in eigener Sache gefordert werden.

Es ist vollkommen offensichtlich, dass es nicht Ziel der Wähler ist, sich selbst zu zwingen bzw. zwingen zu lassen, irgendwelche Dinge zu bezahlen. Es ist auch nicht ihr Ziel, sich selbst Entscheidungen und Verhaltensweisen aufzwingen zu lassen. Das Ziel jedes Wählers ist immer, die Maschinerie der „Regierung" dazu zu benutzen, um andere Menschen zu bestimmten Verhaltensweisen und zur Finanzierung bestimmter Dinge zu zwingen.

Interessanterweise nimmt der einzelne Staatsgläubige seine eigene Verpflichtung, den unzähligen politischen Befehlen („Gesetzen") zu gehorchen, nicht sonderlich ernst. Er hat vielmehr das Gefühl, dass er selbst sich ungeachtet der „Gesetze" auf sein eigenes Urteil und seinen eigenen gesunden Menschenverstand berufen darf. Gleichzeitig meint er, dass alle anderen in allen Einzelheiten durch die „Autorität" bevormundet werden müssen. Er glaubt, dass er selbst vertrauenswürdig und moralisch sei und deswegen auch seine eigenen Entscheidungen treffen kann. Der Zweck des „Gesetzes" ist es seiner Ansicht nach, alle anderen in Schach zu halten.

Das Ausmaß, in dem die „Autorität" nach dem Willen der Wähler andere bevormunden soll, unterscheidet sich erheblich. Der „Konstitutionalist" will, dass die „Bundesregierung" andere dazu zwingt, nur diejenigen Dinge zu finanzieren, die in der US-Verfassung gesondert festgelegt sind. Der „Progressive" will dagegen, dass die „Regierung" andere zur Finanzierung aller möglichen Dinge zwingt: Kunst, Verteidigung, Hilfe für die Armen, Bildung, Altersteilzeit - die Liste lässt sich

unendlich fortführen. Das Ausmaß der Gewalt, die diese beiden Wählergruppen fordern, mag sich unterscheiden. Aber die Gewalt an sich, die sie unterstützen, bleibt die gleiche: Beide Wählergruppen setzen voraus, dass die „Autorität" das Recht hat, Geld unter Gewaltanwendung für die Finanzierung von „Staatsaufgaben", die für notwendig gehalten werden, zu erpressen. Der Unterschied besteht nur darin, was sie für „notwendig" halten.

Das Denken der Staatsgläubigen ist paradox. Einerseits wissen sie genau, dass jedes „Gesetz", das sie fordern oder billigen, durch die Androhung von Gewalt durchgesetzt wird. Sie sind sich vollkommen im Klaren darüber, was mit einem „Gesetzesbrecher" passiert, der bei einem „Gesetzesverstoß" erwischt wird. Sie verneinen gleichzeitig aber beharrlich, dass sie Gewaltanwendung gegen ihre friedlichen Nachbarn befürworten.

Die Staatsgläubigen wissen, dass jedes „politische Programm", das sie unterstützen, nach Inkrafttreten durch Androhung oder Anwendung von Gewalt durchgesetzt wird. Und obwohl ihnen das vollkommen bewusst ist, weigern sie sich, zuzugeben, dass sie offen und direkt die gewaltsame Erpressung und gewaltsame Beherrschung von Millionen von unschuldigen Menschen unterstützt.

Sie tun das, weil sie glauben, dass die „Autorität" das Recht hätte, zu herrschen. Mit dem Ergebnis, dass sie Gewalt plötzlich nicht mehr als Gewalt sehen. Die Gewalt wird durch diejenigen ausgeübt, die behaupten, die „Autorität" zu sein und die der Vorstellung verfallen sind, von den üblichen Regeln der Moral ausgenommen zu sein. Regeln wie „du sollst nicht stehlen", „du sollst niemanden gewaltsam angreifen", „du sollst niemanden ermorden" etc. So lange das so ist, können sich auch die größten Befürworter verschiedener „Steuern" und anderer „Gesetze" als friedfertige und gewaltlose Menschen bezeichnen. Sogar einschließlich der „Pazifisten".

(Weil „Regierungen" durch die Anwendung oder Androhung Gewalt definiert sind, gibt es keinen staatsgläubigen Pazifisten und es kann so etwas auch nicht geben. Nicht alle Anarchisten sind automatisch Pazifisten, weil viele von ihnen verteidigende Gewalt befürworten. Aber alle wahren Pazifisten sind Anarchisten.)

An sich anständige und rechtschaffene Menschen billigen in vielen Situationen - zu einigen komme ich noch - Aggression, gewaltsame Angriffe, Bedrohungen und Raub. Sie glauben, dass der übermenschliche Gott namens „Regierung" die Erlaubnis dazu hat, solche Taten zu begehen. Und sie glauben deshalb auch, dass es durchaus moralisch und anständig sei, die „Regierung" damit zu beauftragen, solche Taten zu begehen.

Nächstenliebe durch Gewalt

Die typische Staatsgläubige ist zutiefst schizophren, wobei ihm gleichzeitig völlig bewusst und völlig unbewusst ist, dass er sich persönlich für die Verbreitung von Gewalt gegen andere Menschen einsetzt. Ein überdeutliches Beispiel hierfür sind diejenigen, die sich liebevoll und mitfühlend dabei vorkommen, wenn sie „staatliche" Maßnahmen unterstützen, die den Armen helfen sollen. Was sie durch die Unterstützung dieser Maßnahmen tatsächlich befürworten, ist eine groß angelegte milliardenschwere Erpressung, bei der vielen Millionen Menschen angedroht wird, sie in einen Käfig einzusperren.

Das was die Bedürftigen eventuell bekommen, versetzt die Befürworter einer solchen „Nächstenliebe durch Gewalt" in den Glauben, besonders rechtschaffen und fürsorglich zu sein. Gleichzeitig sprechen sie sich vollständig frei von der damit verbundenen Verantwortung für Drohungen, Einschüchterungen, Schikanierungen, Enteignungen und Inhaftierungen. Obwohl sie ganz genau wissen, dass diese zwangsläufig Bestandteil jeder Art „staatlicher Wohlfahrtsprogramme" sind. Diese bizarre selektive Realitätsverweigerung veranlasst die Staatsgläubigen dazu, die brutale Gewalt, mit denen diese „Gesetze" durchgesetzt werden, zu unterstützen, gleichzeitig aber nicht anzuerkennen, dass sie selbst diese brutale Gewalt billigend in Kauf nehmen, wenn sie solche „Gesetze" verlangen.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" führt zu diesem seltsamen psychologischen Widerspruch und er versetzt die Verfechter von Umverteilungssystemen in den Glauben, dass die Opfer dieser „gesetzlichen" Erpressung dazu verpflichtet seien, zu kooperieren. Die Gewaltanwendung gegen Menschen, die „ihre Steuern" nicht zahlen, sei gerechtfertigt.

Im Ergebnis wird das Prinzip von Moral und Anstand völlig auf den Kopf gestellt. Mitfühlende „Sozialhilfe"-Befürworter fordern die gewaltsame Enteignung unschuldiger Menschen und bezeichnen andere, die dieses vermeiden wollen oder sich dagegen wehren als verabscheuungswürdige Kriminelle. Gleichzeitig halten sich Befürworter von „Sozialsystemen", also Vermögensumverteilung durch Schneeballsysteme, für fürsorgliche und mitfühlende Menschen. Geblendet durch ihre Staatsgläubigkeit, sind sie auch nicht in der Lage zu erkennen, dass sie die Menschen in etwas hineinzwingen, was sich (fälschlicherweise) ein „staatliches" Rentensystem nennt. Zusätzlich entmündigen sie die Menschen in verletzender Art und Weise, indem sie ihnen die Fähigkeit absprechen, für ihre eigene Zukunft zu sorgen. Sie zwingen die Menschen zur Teilnahme an einem „Investitionsprogramm", das in nichts investiert, kein Vermögen hat, das eine Rendite weit niedriger als die meisten realen Investitionen abwirft (und nicht einmal eine verbindliche Renditezusage enthält) und halten sich dadurch für besonders rechtschaffen und wohltätig. Wer so etwas tut, leidet unter einem schweren Realitätsverlust.

(Es gibt kein „Rentenkonto" - weder individuell noch der Gemeinschaft - auf das „eingezahlt" wird. Der US Supreme Court (in Flemming v. Nestor, 363 US 603) hat klargestellt, dass niemand irgendwelche vertraglichen Ansprüche auf „Rentenleistungen" hat, unabhängig davon, wie viel sie in das System „einbezahlt" haben. Der Kongress kann sämtliche Rentenzahlungen einstellen, wann immer er auch will.)

Befürworter von Brutalität

Das Böse ist für die meisten Menschen nicht als das Böse zu erkennen, wenn es den Anschein von Rechtmäßigkeit hat und im Namen der „Autorität" stattfindet. Das hat in der Geschichte bereits häufig zu abscheulicher Unterdrückung geführt. Wenn tatsächlich nahezu alle glauben, dass eine „Regierung" das Recht hat, zu herrschen, werden „staatliche" Lösungen von den meisten unterstützt oder zumindest widerspruchslos hingenommen. Viele Deutsche hätten beispielsweise in den 1940er Jahren niemals privat andere bedroht, angegriffen, geschweige denn ermordet. Und doch haben sie die „Lösung" der sogenannten - wie Hitler sie nannte - „Judenfrage" eifrig unterstützt, weil diese durch die „Gesetzgebung" und die „Regierung" so vorgesehen war. Diese „Lösung" wurde offiziell verabschiedet und nach „Recht und Gesetz" durchgeführt, so dass die

Menschen dachten, sie seien nicht dafür verantwortlich. Auch die größten Befürworter waren nicht dazu bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Die Amerikaner von heute leiden ebenso unter einer selektiven Realitätswahrnehmung. Andere gewalttätige und repressive Regimes verurteilen sie recht schnell. Sie erkennen aber kaum, dass ihr eigener Glaube an die „Autorität" zur Verbreitung rücksichtsloser Brutalität im Namen des „Gesetzes" führt. Auch wenn die Unterdrückung über bloße Drohungen und Einschüchterungen hinausgeht und zu offener Gewalt und Brutalität wird, sind die meisten Menschen wegen ihrer Staatsgläubigkeit nicht dazu in der Lage, dieses als moralisch falsch zu erkennen.

Ein offensichtliches Beispiel dafür ist der Krieg. Der Nationalismus, der bei Staatsgläubigen sehr stark ausgeprägt ist, blendet diese so sehr, dass sie das absolut Böse gutheißen und im Namen der „Landesverteidigung" einfordern. Diese Verblendung ist meistens beabsichtigt. Politiker und konservative Wähler beschweren sich gleichermaßen, wenn dem amerikanischen Volk die Bilder der harten Realität des Krieges gezeigt werden. Sie wollen ihre Flagge schwenken, ihrer Mannschaft begeistert zujubeln und sich dem Herdenverhalten hingeben. Die realen Konsequenzen dessen, was sie unterstützen, sind Blut, Eingeweide und abgetrennte Körperteilen.

Diese wollen sie nicht sehen. Solange sie nicht direkt mit dem Blutbad konfrontiert werden, das ihr „Patriotismus" verursacht, können sie leicht dazu überredet werden, mit Stolz „ihre Soldaten" zu unterstützen und an einen abstrakten, vermeintlich gerechten Krieg zu glauben.

Die Treue zum eigenen „Land" wird als etwas Ehrenhaftes dargestellt. Die Mörder auf beiden Seiten jedes Krieges, einschließlich derjenigen, die für die brutalsten, rücksichtslosen Regimes in der Geschichte kämpften, werden durch das Gerechtigkeitsgefühl angetrieben, das durch das nationalistische Herdenverhalten entsteht. Krieg kann es nur geben, wenn sich die Soldaten stärker mit ihrem eigenen Rudel identifizieren, indem sie ihr „Land" über das stellen, was sie persönlich für richtig halten.

„Patriotismus" und der Glaube an die „Autorität" sind die zwei wichtigsten Zutaten für Krieg. Akte der Aggression und Eroberung als „Kampf für das Vaterland" zu verkaufen, ist der einfachste Weg, um gute Menschen dazu zu bringen, üble Dinge zu tun. Die Gehirnwäsche, der die Untertanen durch ihre Tyrannen ausgesetzt werden, hat bereits lange Tradition. Die Gehirnwäsche der Staatsgläubigen ist dagegen selbstverschuldet. Sie wollen an „ihr Land" glauben und an irgendein selbstgerechtes abstraktes Prinzip, an irgendein Ideal, eine gute Sache wie zum Beispiel die „Verbreitung der Demokratie", ohne darüber nachdenken zu müssen, was das eigentlich in der Praxis bedeutet. Es ist einfacher, Massenmord zu unterstützen, wenn er „Krieg" genannt wird. Es ist noch einfacher, wenn er „Landesverteidigung" genannt wird. Wenn die „Autorität" Massenmord durch Begriffe verschleiert, die das Herdenverhalten ansprechen, versetzt das die Befürworter in den Glauben, dass die Unterstützung - und die tatsächliche Realisierung - von Massenmord etwas Mutiges und Gerechtes sei.

Einzelne Soldaten können wirklich glauben, dass sie für eine gute Sache kämpfen. Es ist aber unmöglich, ein „guter Mensch" zu sein und sich im Krieg mit einem ganzen Land zu befinden, wie zuvor beschrieben. Die Kriegstreiberei von „Regierungen" ist niemals gerechtfertigt und niemals moralisch. Sie ist untrennbar mit einem großen Ausmaß an Gewalt gegen Unschuldige verbunden.

Aber Nationalisten, Linke und Rechte verweigern die Anerkennung dieser Tatsache.

Ein weiteres Beispiel für moderne rücksichtslose Brutalität, die in der „freien Welt" ganz „legal" an Unschuldigen verübt wird, ist das, was als „Krieg gegen die Drogen" bezeichnet wird. Um eine reine Gewohnheit auszumerzen - nicht etwa Gewalt oder Diebstahl oder Betrug - wurden bis heute Millionen von gewaltfreien, friedlichen, produktiven Menschen angegriffen, terrorisiert und eingesperrt. Die Durchsetzung von „Betäubungsmittelgesetzen" ist normalerweise besonders brutal und bösartig. Es kommt zu paramilitärischen Angriffen auf Privathäuser und unzähligen, vieljährigen Haftstrafen für die „Verbrechen". Und den Befürwortern des „Krieges gegen die Drogen" ist nicht nur diese offene Gewalt vollkommen klar, sondern sie kennen auch die Konsequenzen: Höhere Preise für bestimmte bewusstseinsverändernde Substanzen, mehr Beschaffungskriminalität, gewalttätige Konflikte zwischen rivalisierenden Banden, mehr Geld, Waffen, Macht und „gesetzliche" Ermächtigungen für diejenigen, die im Namen der „Autorität" Unschuldige schikanieren und gewaltsam angreifen. Selbst wenn der „Krieg gegen die Drogen" tatsächlich funktioniert und die Einnahme bestimmter Substanzen beseitigt oder zumindest deutlich reduziert, wäre eine solche rücksichtslose Brutalität absolut ungerechtfertigt und unmoralisch. Aber obwohl man dem erklärten Ziel nicht einen Zentimeter nähergekommen ist, sprechen sich viele „Konservative" für noch mehr Schikanierungen, Terrorismus und Gewalt aus.

(Zu diesem Faschismus kommt noch Heuchelei hinzu, da die meisten dieser „Konservativen" Alkohol trinken. Moralisch gesehen unterscheidet sich der Alkoholkonsum nicht von den Verhaltensweisen, die die „Autorität" versucht, durch brutale Gewalt mit ihrem „Krieg gegen die Drogen" auszumerzen.)

Millionen von Leben werden weiterhin von diesem brutalen drakonischen Kreuzzug zerstört und die Staatsgläubigen schieben eifrig die Schuld den Opfern in die Schuhe, indem sie sagen, dass diese „das Gesetz gebrochen" haben und daher genau das verdienen, was auch immer mit ihnen geschieht. Also gemäß dem sich selbst als moralisch und verantwortlich bezeichnenden „Konservativen" verdienen es andere, überfallen, eingesperrt oder getötet zu werden, auch wenn niemand zu Schaden gekommen ist und niemand betrogen wurde. Es reicht, dass das Opfer den willkürlichen Anordnungen seines Herren einfach nicht gehorcht.

Und selbstverständlich ist es für die „Konservativen" durch nichts zu entschuldigen, wenn sich eines der Opfer dieser faschistischen rücksichtslosen Taten dazu entscheidet, sich zu wehren. Aus der verzerrten, wahnhaften Perspektive des devoten, nationalistischen Autoritären, ist es anständig und rechtschaffen, wenn staatliche Söldner friedliche, produktive Marihuana-Raucher gewaltsam entführen und in einen Käfig stecken. Gleichzeitig ist es abgrundtief böse, wenn die Marihuana-Raucher Gewalt anwenden, um sich gegen solche Übergriffe zu verteidigen. Was die Staatsgläubigkeit verursacht, ist reiner Wahnsinn.

Erzwungene Vorteile

Staatsgläubige verteidigen „Steuern" oft mit dem Argument, dass die erzwungene Enteignung nachträglich gerechtfertigt sei, wenn ein Teil des beschlagnahmten Geldes wiederum dem Opfer zugutekommt oder zumindest der Gesellschaft im Allgemeinen nützt. Wenn zum Beispiel jemand eine Straße benutzt, die zum Teil durch Geld von dieser Person bezahlt wurde, oder bei der sie

indirekt von dem Geld anderer profitiert, dann habe sich diese Person nach Meinung der Staatsgläubigen nicht über die „Besteuerung" zu beschweren, durch die die Straße finanziert wurde. Die Staatsgläubigen ignorieren hier die tatsächliche Situation und halten diese für ein freibleibendes Dienstleistungsangebot.

Niemand würde ohne die Beteiligung einer „Autorität" ähnlich argumentieren. Nehmen wir zum Beispiel einmal an, dass ein Restaurant ein Essen an jemanden liefert, der dieses gar nicht bestellt hatte. Anschließend schickt das Restaurant bewaffnete Schläger zu dieser Person, um hundert Dollar von ihr zu erpressen. Wenn das Opfer nach der Erpressung sich dazu entscheiden würde, das Essen aufzuessen, würde kein vernünftiger Mensch behaupten, dass die Aktion des Restaurants moralisch akzeptabel gewesen sei. Doch genau das tut der Staatsgläubige in Verbindung mit der Erhebung von „Steuern". Wenn jemand von den Dienstleistungen der „Regierung" profitiert, kann er sich nicht über die „Besteuerung" beschweren. Die zugrundeliegende Annahme lautet, dass „gesetzlicher" Raub vollkommen in Ordnung ist, solange die „Autorität" dem Opfer des Raubzuges anschließend wieder ein paar Krümel zurückgibt.

Für die Staatsgläubigen scheint es keinen großen Unterschied zu machen, ob ein solcher „Vorteil" nur indirekt gewährt wird oder unglaublich teuer ist oder mit allen möglichen anderen Dingen kombiniert wird, die das Opfer gar nicht braucht oder ob dieser „Vorteil" gegen die Moralvorstellungen des Opfers verstößt (zum Beispiel die Finanzierung von Kriegen oder Abtreibungen oder irgendwelchen religiösen oder antireligiösen Projekten).

Das liegt daran, dass Staatsgläubige glauben, dass diejenigen, die das Geld verdient haben, nicht das Recht haben, zu entscheiden, wie es ausgegeben werden soll. Das ist das Vorrecht der „Autorität". Und solange die „Autorität" behauptet, die Menschen zu ihrem eigenen Wohl zu berauben, haben die Opfer kein Recht dazu, Widerstand zu leisten und Gewalt gegen den Zwang und die Unterdrückung anzuwenden.

Gewalt zum Schutz vor Gewalt

Der Glaube, dass der „Staat" durch die Bereitstellung von „Leistungen" nachträglich das Recht bekommt, Diebstahl und Erpressung zu verüben, treibt seltsame Blüten. So zum Beispiel das offenkundig lächerliche Argument, dass es notwendig sei, Menschen herumzukommandieren und auszurauben, um sie dadurch vor bösen Menschen zu schützen, die sie sonst herumkommandieren und ausrauben würden. Diese absurde Rechtfertigung ist durchaus üblich, wenn sich die Diskussion um eine militärische oder polizeiliche „Strafverfolgung" dreht. Und Staatgläubige greifen gerne zur Panikmache, um so einen Irrsinn zu begründen. Mit ihren düsteren Voraussagen über all die schrecklichen Dinge, die sie heraufbeschwören, wenn die Menschen nicht gewaltsam durch eine riesige Erpressungsmaschinerie ausgeraubt werden.

In Situationen, an denen keine „Autorität" beteiligt ist, wird auf solch dumme Argumentationen verzichtet. Angenommen jemand würde im Restaurant ein Essen für einen Gast bestellen und diesen dazu zwingen, das Essen zu bezahlen und dies damit begründen, dass der Gast anderenfalls verhungern würde. So etwas wäre genauso inakzeptabel wie jemandem ein Haus zu bauen und ihn mit der Begründung, er würde anderenfalls obdachlos sein, dazu zwingen, dieses zu bezahlen. Oder eine Erpresserbande erpresst jemanden, um ihn mit dem erpressten Geld vor der Erpressung

durch andere Erpresserbanden zu schützen. Das klingt alles vollkommen absurd. Doch genau das ist die Rechtfertigung jeder „Regierung": Ihr muss es erlaubt sein, anderen Gewalt anzutun, um sie vor Gewalt zu schützen.

Befürworter einer starken Polizei oder eines mächtigen Militärs - beides wird durch Beschlagnahmung von Vermögen finanziert - akzeptieren nicht nur, dass Menschen zu ihrem eigenen Wohl unterdrückt, kontrolliert und erpresst werden, sondern sie halten es sogar für notwendig. Die Regierungsbefürworter ignorieren, dass autoritäre „Beschützer" Verbrechen oder Krieg nicht verhindern, sondern beides durch Kriegstreiberei und durch „gesetzliche" Verbote bestimmter Märkte massiv fördern. Sie unterstützen die „Regierung" und rechtfertigen dies mit der albernen Vorstellung, dass es sinnvoll sei, Menschen Gewalt anzutun, um sie zu „schützen", weil sie glauben, dass es ein Recht auf Ausübung von Gewalt gäbe.

Im Zweifel pro Gewalt

Meistens wird ein autoritärer Plan einfach nur deshalb akzeptiert, weil nicht genau feststeht, was passiert, wenn Menschen in Freiheit leben. Wenn es jemandem zum Beispiel schwerfällt, sich ein privates Straßennetz vorzustellen, wird er normalerweise einem Plan der „Regierung" zustimmen, bei dem die Straßen zwangsweise finanziert werden. Wenn er nicht genau weiß, wie sich freie Menschen ohne ein stehendes Heer verteidigen würden, wird er wahrscheinlich eine autoritäre, militärische Lösung unterstützen, deren Bezahlung durch „Besteuerung" erzwungen wird. Jeder, der an den „Staat" glaubt, befürwortet Gewalt von vorne herein. Um den Durchschnittsmenschen dazu zu bringen, einen gewaltsam aufgezwungenen Plan der „Regierung" für so ziemlich alles zu unterstützen, ist nur ein wenig Unsicherheit und Unwissenheit nötig.

In ihrem Alltag verhalten sich Menschen nicht so. Normalerweise wird niemand gewaltsam angegriffen, wenn nicht sicher ist, ob sich jemand anständig verhält und die richtigen Entscheidungen trifft. Sobald der Glaube an den „Staat" im Spiel ist, ist es völlig anders: Auf einmal wird die flächendeckende Unterdrückung von Millionen von Menschen unterstützt, nur weil nicht ganz sicher ist, was passiert, wenn die Menschen die Freiheit haben, ihr Geld nach ihren eigenen Vorstellungen auszugeben, andere so zu behandeln, wie sie es für richtig halten, friedliche, effektive Problemlösungen nach ihren eigenen Vorstellungen zu entwickeln usw. Die Staatsgläubigen befürworten die gewaltsame Unterdrückung ihrer Nachbarn einfach nur deshalb, weil sie sich nicht ganz sicher sind, wie sich ihre Nachbarn verhalten würden, ohne dass sie jemand unterdrückt.

Die Machtbesessenen nutzen das gnadenlos aus. Um die Macht zu bekommen, müssen sie nur behaupten, dass irgendwas nicht gut funktionieren könnte, wenn man die Menschen einfach nur in Ruhe lässt. Es ist nicht mal nötig, darauf zu warten, bis tatsächlich etwas passiert. Es reicht aus, zu behaupten, dass etwas passieren könnte, wenn die Menschen in Freiheit leben. Weil Befürworter des „Staates" nicht erkennen, dass jedes „Gesetz" untrennbar mit Gewalt verbunden ist, ist die Hemmschwelle für die Unterstützung gewaltsam erzwungener „Lösungen" sehr gering. Die Machtbesessenen müssen nur irgendeinen „Plan" präsentieren, mit dem irgendjemandem irgendwo angeblich geholfen werden soll, und viele werden die „staatliche" Gewalt allein nur deswegen akzeptieren.

Ein Großteil der „staatlichen" Gewalt beruht auf Vermutungen, was passieren könnte. Ein Beispiel ist der „Umweltschutz", bei dem die Vorstellung besteht, der „Staat" müsse andere zu bestimmten Verhaltensweisen zwingen, weil es andernfalls zu globaler Erwärmung, zur Zerstörung der Regenwälder, zum Artensterben etc. kommen könnte. Kaum jemand würde gewaltsam gegen andere vorgehen, nur weil dieser irgendwelche indirekten Folgen friedlicher Verhaltensweisen vermuten. Beim „Staat" ist das hingegen übliche Praxis.

Ein weiteres Beispiel für die Unterstützung der „staatlichen" Gewalt ist die „Einwanderungspolitik". Ohne schriftliche Genehmigung der herrschenden Klasse eines „Landes" wird gewaltsam verhindert, dass das sogenannte „Land" betreten wird. Das erzeugt eine Art Kriegsmentalität, bei der Menschen verteufelt, kriminalisiert und aggressiv angegangen werden, nur weil nicht sicher ist, was einige dieser Leute tun könnten. Viele meinen, dass „illegale" Einwanderer Verbrecher sind oder nur kommen, um irgendwelche „Leistungen" abzugreifen. Unabhängig davon, wie sehr solche Behauptungen tatsächlich zutreffen, werden alle „illegalen" Einwanderer, also alle, die sich ohne Zustimmung der Politiker im Land befinden, gewaltsam kontrolliert und überwacht. Sie bekommen eine Art Kollektivschuld und werden in Sippenhaft genommen. Dass gewaltsam gegen jemanden vorgegangen wird, nur weil er der gleichen Rasse entspricht, aus dem gleichen Land kommt oder irgendeine sonstige Ähnlichkeit mit jemand anderem hat, der tatsächlich einen Schaden verursacht hat, ist völlig ungerechtfertigt. Hinzu kommen die „staatlichen" Versuche, „illegale" Einwanderung durch gewaltsame Übergriffe zu verhindern, die sich durch ständige Kontrollen auch gegen viele „legale" Bewohner richten, die sich oft nicht einmal in der Nähe irgendwelcher Grenzen befinden. Jeden, der eine Straße entlangfährt anzuhalten und zu verhören, weil möglicherweise irgendein „illegaler" Einwanderer unterwegs sein könnte, ist genau die Art von ungerechtfertigter Gewalt, die durch die Handlanger des „Staates" verübt wird.

Im „Land der Freiheit" kann diese alltägliche Gewaltanwendung auch bei den Durchsuchungen und Verhören von Menschen beobachtet werden, die mit einem Flugzeug fliegen wollen. Wenn ein Eigentümer eines Flugzeugs die Bedingungen festlegt, unter denen jemand das Flugzeug benutzen kann, dann ist das etwas völlig anderes wie ein Dritter, der sich gewaltsam einmischt, wenn sich der Fluggast nicht befragen und durchsuchen lässt. Das gleiche gilt für die Bahn, das Auto und alles andere. Niemand würde sich von einer Privatperson so etwas aufzwingen lassen, nur weil diese vermutet, dass irgendwas passieren könnte. Für die Handlanger der „Autorität" ist das hingegen vollkommen normal. Und die Menschen glauben nicht nur, dass es legitim sei, sondern sie verlangen solches Verhalten regelrecht von der „Autorität".

Auf Gewalt zu verzichten, ist für die meisten Menschen normales, alltägliches Verhalten. Gewaltsame Auseinandersetzungen sind selten. Die meisten Menschen tun fast alles, um sie zu vermeiden. Sie fangen keinen Streit an und versuchen, angespannte Situationen zu entschärfen. Selbst wenn einmal zu einer körperlichen Auseinandersetzung kommt, bleibt es normalerweise bei Kleinigkeiten und am Ende gehen die Beteiligten wieder ihre Wege. Jeden Tag gelingt es Milliarden von Menschen Wege zu finden, um friedlich zusammenzuleben. Auch wenn sich ihre Meinungen, Überzeugungen und Einstellungen deutlich unterscheiden.

Aber das gilt für das Privatleben. Sobald es um „Politik" geht, ist Gewalt der übliche Weg der Problemlösung. Jeder Wähler versucht auf die eine oder andere Weise, seine eigenen Ansichten und Ideen anderen über die Mechanismen der „Staates" aufzuzwingen. In der Politik ist es nicht

üblich, andere in Ruhe ihr eigenes Ding machen zu lassen oder zu versuchen, friedlich miteinander klarzukommen. Üblich ist, Gewalt gegen alle anderen zu befürworten und dieses über den Umweg des autoritären Zwangs zu tun, der „Gesetz" genannt wird.

Es besteht eine unglaublich große Kluft zwischen dem, was der Durchschnittsmensch auf individueller Ebene als „zivilisiertes Verhalten" bezeichnet und was er als legitim und zivilisiert ansieht, wenn die „Autorität" im Spiel ist. Dass sich jemand in seinem Privatleben so verhält, wie sich die Wähler im politischen Kontext verhalten, ist schwer vorstellbar. Jemand, der das tut, müsste Freunde und Fremde gleichermaßen ständig überfallen und ihnen riesige Mengen an Geld rauben, um damit Dinge zu finanzieren, die er für richtig hält. Er müsste ihnen mit körperlicher Gewalt und Entführung drohen, um sie zu Verhaltensweisen zu zwingen, von denen er annimmt, dass am besten für die Gesellschaft sei. Zusammengefasst müsste er sich wie ein vollkommen wahnsinnig gewordener Dieb, Räuber und Schläger benehmen.

Exakt dieses Verhalten, also massenhafte Erpressung, Überfälle, Raub und Diebstahl, wird für etwas Normales und Unterstützenswertes gehalten, wenn es über den Umweg des „Staates" geschieht. Zu wählen wird sogar als Pflicht wahrgenommen, als ob es tatsächlich unmoralisch sei, seine Nachbarn nicht zu unterdrücken. Es ist zugleich erstaunlich und paradox, dass ausgerechnet die einzigen, die die ausufernde Gewalt und den ständigen Zwang durch den „Staat" nicht befürworten - also Anarchisten und Voluntaristen - von den meisten als sonderbar, unzivilisiert und gefährlich angesehen werden.

Wie der religiöse Glaube über die Werte siegt

Nahezu alle Eltern vermitteln ihren Kindern zwei völlig widersprüchliche Dinge:

Es ist grundsätzlich falsch, andere zu bestehlen, sie zu schlagen, zu schikanieren usw. und

es ist gut, der „Autorität" zu gehorchen.

Nahezu alles, was die „Autorität" tut, ist Schikane: Sie kontrolliert mit Gewalt oder durch Gewaltandrohung das Verhalten anderer und bedient sich an deren Eigentum. Vom Lehrer bis zum Diktator eines ganzen Landes - jede „Autorität" kommandiert ihre Untergebenen ständig herum. Gleichzeitig spricht und handelt sie so, als ob sie das Recht dazu hätte, dieses zu tun. Lehrer zwingen den Schülern ihren Willen auf und vermitteln ihnen gleichzeitig, dass es falsch ist, seinen Willen anderen aufzuzwingen. Der Gipfel der Heuchelei ist erreicht, wenn es heißt: „Tue, was ich sage, tue aber nicht, was ich tue."

Wenn Kinder damit aufgewachsen sind, dass es grundsätzlich falsch ist, andere zu bestehlen, sie zu schlagen, sie zu tyrannisieren, usw., wie kann es dann gesellschaftlich notwendig sein, „Respekt vor der Autorität" zu haben? Die „Autorität" dressiert sie nur dazu, sich einfacher verwalten und besteuern zu lassen. Das hat zwar Vorteile für diejenigen, die Macht über sie ausüben, also Eltern, Lehrer oder Politiker, fördert aber nicht ihre Entwicklung zu zivilisierten, mitfühlenden, menschlichen Wesen. Wie die Milgram-Experimente zeigen, passiert das genaue Gegenteil. Die Kinder werden zu zivilisierten Menschen erzogen und anschließend wird ihnen ein verrückter, religiöser Glaube eingeimpft, der alles aushebelt und hinfällig macht, was sie zu zivilisierten Menschen macht. Dieses bizarre Paradoxon ist überall in der modernen Gesellschaft zu sehen.

Der normale Mensch würde Scham und Schuld empfinden, wenn er seinem Nachbarn hundert Dollar stiehlt. Er hat aber keinerlei Bedenken, auf dem Wege einer politischen Wahl dafür zu stimmen, dass die „Regierung" viele tausend von Dollar vom gleichen Nachbarn erpresst. Er würde einem Unbekannten die Tür aufhalten, aber gleichzeitig befürwortet er, dass durch das „Gesetz" gewaltsam in das Leben dieses Unbekannten eingegriffen wird. Höflich und rücksichtsvoll zu sein, verkommt bei den meisten Menschen zur wertlosen Heuchelei, sobald sie den Zwang und die Aggression des „Staates" befürworten. Selbst die Nazis hatten Tischmanieren und sagten „bitteschön" und „dankeschön". Sie hatten gute Umgangsformen und waren in der Regel höflich, wenn sie nicht gerade Massenmorde verübten.

Nahezu alle Staatsgläubigen behandeln andere in ihrem Privatleben vollkommen anders als es die „Regierung" mit ihren „Gesetzen" tut, die in ihrem Auftrag handelt. Millionen von Menschen würden sich strikt weigern, anderen körperlichen Schaden zuzufügen. Gleichzeitig aber sehen großzügig darüber hinweg, wenn tausende unschuldiger Menschen gewaltsam unterdrückt oder sogar ermordet werden. Sie nennen es „Unterstützung der Soldaten". Einige Staatsgläubige behaupten sogar, gegen den Krieg zu sein und im gleichen Atemzug „unterstützen" sie die „Soldaten". Ähnlich wie wenn sich jemand einer Vergewaltigung widersetzt und gleichzeitig Vergewaltiger unterstützt. Die „Unterstützung der Soldaten" ist gleichbedeutend mit der Befürwortung von Gewalt, weil „Soldaten" im Einsatz zusätzlich zur verteidigenden Gewalt immer auch Zwang und Gewalt gegen Unschuldige anwenden. Wegen des Rudelverhaltens und einer emotionalen Bindung an die Landsleute, sehen die meisten Menschen zwischen dem, was die „eigenen Soldaten" tun und dem, was alle anderen „Soldaten" tun, einen Unterschied.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie der Glaube an die „Autorität" die Wahrnehmung verzerrt: Viele „Sozialhilfeempfänger" geben offen zu, dass wenn sie die freie Wahl hätten, sie lieber gewaltsam eingetriebenes Geld vom „Staat" nehmen würden, anstatt freiwillige Spenden von Menschen anzunehmen, die sie kennen. In ihrer Wahrnehmung ist das die weniger beschämende Option. Dass lieber gewaltsam eingetriebenes Raubgut angenommen wird, als Mitgefühl und Großzügigkeit, zeigt wie tief sich der Glaube an die „Autorität" in die Moral der Menschen hineingefressen hat.

Der Staatsgläubige glaubt in seinem Selbstbetrug, ein guter Mensch zu sein, wenn er gute Dinge unterstützt, gegen Ungerechtigkeit ist und sich respektvoll gegenüber seinen Mitmenschen verhält und gleichzeitig aber fordert er, dass seine Mitmenschen durch die „Autorität" gewaltsam kontrolliert, erpresst, eingesperrt oder sogar getötet werden sollen. Der Glaube sitzt so tief in den Köpfen der Massen, dass diese unbeschreiblich üble Dinge befürworten und gleichzeitig immer noch glauben, mitfühlende Wohltäter zu sein. Sie fordern den „Staat" dazu auf, Dinge zu tun, die sie in eigener Verantwortung niemals tun würden. Sie glauben, dass sie friedliche, zivilisierte, erleuchtete Wesen sind, während sie sich dafür aussprechen, dass alle ihre Nachbarn beraubt und herumkommandiert und in Käfige gesperrt oder getötet werden sollen, wenn sie es wagen, Widerstand zu leisten. Sie tun so, als sei das alles vollkommen normal. Die scheinbare Nächstenliebe, das Mitgefühl und die Höflichkeit der Menschheit entpuppt sich als grausamer Scherz, wenn man sie mit dem vergleicht, was nahezu jedem anderen direkt oder indirekt im Namen der „Autorität" angetan wird.

Es gibt viele Eltern und Lehrer, die sich regelmäßig auf das berufen, was in der Menschheit unter der „Goldenen Regel" bekannt ist: Behandle andere so, wie du selbst behandelt werden möchtest. Doch keiner der Lehrer und fast keiner der Eltern, die diese Regel betonen, lebt auch selbst nach ihr. Über den Umweg der „Autorität" unterstützen und befürworten sie die Erpressung und Nötigung anderer. Die „Goldene Regel" ist im Wesentlichen das Grundprinzip der Anarchie: Wenn jemand selbst nicht gerne von anderen beherrscht und herumgeschubst werden will, dann tut er das auch anderen nicht an. Wer in Ruhe gelassen werden will, sollte zuerst selbst andere in Ruhe lassen. Wer sein Leben frei nach eigenen Vorstellungen leben möchte, sollte zuerst anderen die gleiche Freiheit zugestehen.

Gewalt gegen andere zu befürworten - auch über den Umweg irgendeiner Form von „Regierung" oder „Staat", ist mit den Prinzipien sozialer, rücksichtsvoller, mitfühlender, freundlicher, anständiger und liebevoller Menschen vollkommen unvereinbar. Und der einzige Grund, warum so viele im Grunde guter Menschen weiterhin in so großem Ausmaß Gewalt über den Umweg des „Staates" befürworten ist, weil sie auf die Lüge hereinfallen, dass es irgendeine Kreatur namens „Autorität" gibt, die sich nicht an menschliche moralische Standards halten muss.

„Sozialistische" Feigheit

Wer ständig nach der „Autorität" ruft, ist ein unreifer Feigling und will, dass sein Wille anderen durch ein allmächtiges Wesen aufgezwungen wird. Dieses Wesen nimmt verschiedene Formen der politischen Interessenvertretung an, deren grundlegende Motivation immer die gleiche ist.

Den „Sozialen" stört zum Beispiel die Realität. Er will eine Welt, in der Leid und Unrecht nicht mehr existieren können. Aber anstatt das zu tun, was er selbst als Mensch tun kann, will er, dass der „Staat" seine Aufgaben übernimmt. Er will, dass das magische Wesen jeden, ihn selbst eingeschlossen, durchfüttert, unterbringt, und versorgt, egal, wie faul oder unverantwortlich er ist. Anstatt anderen zu vertrauen, dass sie sich gegenseitig kümmern, will er eine übermenschliche „Autorität", die Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheitsversorgung und alles Mögliche für alle bereitstellt. Er will es so sehr, dass er nicht akzeptiert, was offensichtlich ist: Dass es solche Garantien nicht geben kann und dass es niemand anderes als die Normalsterblichen sein können, die sich um sich selbst und um andere kümmern.

Der „Sozialist" betrachtet die Welt als eine Art Fortsetzung der Schulzeit. Darin gibt es immer eine „Autorität", die verantwortlich ist und sicherstellen muss, dass die guten Kinder belohnt und vor den bösen Kindern geschützt werden. Jedem Kind wird gesagt, was zu tun ist und alle werden umsorgt. Alles, was von den Kindern verlangt wird ist, dass sie tun, was ihnen gesagt wird. Abgesehen vom Gehorsam gegenüber der „Autorität" wird keine Verantwortung für das eigene Wohlbefinden erwartet. Selbst für Nahrung, Unterkunft oder den persönlichen Schutz oder irgendetwas anderes zu sorgen, ist nicht notwendig. Das Kind glaubt einfach, dass die „Autoritäten", zum Beispiel die Lehrer und Eltern, schon alles regeln werden. Es befindet sich in einer Umgebung, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat und ihm wird beigebracht, sich bei allen persönlichen Bedürfnissen an die „Autorität" zu wenden.

Als „Sozialer" wird man genau das weiterhin tun, auch lange, nachdem man die Schule verlassen hat. Der „Sozialist" redet davon, dass jeder Mensch ein „Recht" auf Wohnung, Nahrung,

Gesundheitsversorgung und andere Dinge hat, als ob eine riesige Zahnfee dazu verpflichtet sei, solche Dinge auf magische Weise herbeizuzaubern. Die Realität, der er jeden Tag ins Gesicht blicken muss, ist offensichtlich zu verwirrend für ihn. Sonst würde er realisieren, dass alles grundlegend anders ist, wie die Welt, in der er aufgewachsen ist. In der Obhut der „Autorität", die sich um alles kümmerte.

Die „staatlichen" Programme, die von den „Sozialen" unterstützt werden, sind ein Ergebnis des Erschreckens vor der Wirklichkeit und der Weigerung, die Welt so zu sehen, wie sie ist. Sie fürchten sich so sehr vor Unsicherheit, dass sie ein übermenschliches Wesen namens „Regierung" oder „Staat" herbei halluzinieren, das irgendwie alle Unsicherheiten, die die Realität bringt, beseitigen kann und eine stets sichere, vorhersehbare Welt erschafft. Aber der mythische Erlöser rettet die Welt nicht, sondern alles macht alles nur noch viel schlimmer. So wie es in den kollektivistischen Regimes in der Sowjetunion, in Kuba, China und vielen anderen Ländern passiert ist. Trotzdem klammern sich die „Sozialen" weiterhin krampfhaft an ihren fanatischen Glauben an den allwissenden, allmächtigen Gott namens „Staat".

Ein einfaches Beispiel lässt die politische Theorie der „Sozialen" wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen:

Hundert Menschen erleiden Schiffbruch und stranden auf einer Insel. Was wäre wenn jeder dort ein „Recht" auf Nahrung, oder ein „Recht" auf Gesundheitsversorgung oder ein „Recht" auf einen Job oder ein „Recht" auf eine Grundversorgung hätte? Wenn jemand zum Beispiel ein „Recht" auf ein Haus hat und das Haus nur aus dem Wissen, den Fähigkeiten und den Anstrengungen der anderen Menschen entstehen kann, bedeutet es, dass dieser Jemand das „Recht" hat, andere Menschen dazu zu zwingen, ihm ein Haus zu bauen. Das entspricht genau dem, was die „Sozialen" in größerem Maßstab fordern. Die einen sollen mit Gewalt mittels „Besteuerung" dazu gezwungen werden, Leistungen für andere zu erbringen. Dass Menschen durch ihre bloße Existenz das „Recht" auf alles Mögliche haben, also auf Dinge, die erst durch menschliches Wissen und menschliche Anstrengungen entstehen können, ist eine Wahnvorstellung. Die logische Folge dieser angeblich liebevollen und mitfühlenden Einstellung ist Gewalt und Sklaverei. Das „Bedürfnis" eines Menschen reicht dann dazu aus, andere, die etwas haben oder produzieren, dazu zu zwingen, es herzugeben.

Eine solch kurzsichtige, barbarische Haltung - sie wird auch „Kollektivismus" genannt - wird als „fortschrittliche" Philosophie des „Mitfühlens" gesehen. Sie ist aber nicht von der „Philosophie" der Ratten und Kakerlaken zu unterscheiden: Wenn jemand etwas haben will oder behauptet, es haben zu „müssen", dann darf er es sich mit Gewalt von demjenigen nehmen, der es besitzt oder produziert. Das „Kommunistische Manifest" bezeichnet das als „von jedem entsprechend seiner Fähigkeiten zu jedem entsprechend seiner Bedürfnisse."

Selbstverständlich besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen der Bitte an Bessergestellte, Ärmeren zu helfen und der Gewaltanwendung, um für mehr „Gerechtigkeit" zu sorgen. Im Zuge „staatlicher" Programme wird nie jemand gefragt, ob er anderen helfen will. Es geht darin immer darum, andere dazu zu zwingen, bestimmte Dinge herzugeben oder sich in bestimmter Art und Weise zu verhalten.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" bringt die „Sozialen" dazu, flächendeckende Androhung und Anwendung von Gewalt zu fordern, während sie sich selbst für fürsorglich und mitfühlend halten. Im Grunde läuft es darauf hinaus, dass die politischen „Linken" eine allwissende und allmächtige Mama benötigen, die alle anderen dazu zwingt, zu teilen und nett zu sein. Sie ignorieren die Tatsache, dass so etwas nicht existiert und dass so etwas Gewalt, Leid und Elend innerhalb einer Gesellschaft nur verstärkt.

„Konservative" Feigheit

Was für politische „Sozialisten" der riesige Mama-Staat ist, der alle beschützen und sich um jeden kümmern soll, ist für politische „Konservative" der riesige Papa-Staat. Die zugrundeliegende Wahnvorstellung von beidem ist die gleiche: Der Wunsch nach einer allmächtigen „Autorität", um die Menschheit von der Realität zu schützen. Die „rechtslastige" Wahnvorstellung konzentriert sich weniger auf die mütterliche Fürsorge und das ständige Händchenhalten wie beim Mama-Staat, sondern stärker auf väterlichen Schutz und Disziplin. „Konservative" wollen die „Autorität" dazu verwenden, eine große mächtige Schutzmaschinerie zu erschaffen und der Bevölkerung Moralvorstellungen einzutrichtern, die ihrer Meinung nach für das Überleben der Menschheit notwendig seien. Ihre Realitätsverweigerung ist genauso stark ausgeprägt wie bei den „Linken".

Auch hier ist die Insel-Analogie sehr aufschlussreich:

Angenommen, hundert Menschen stranden auf einer Insel. Wäre es wirklich sinnvoll und notwendig, die Mehrheit von ihnen als Diener und Befehlsempfänger einem „Beschützer" zu unterstellen? Und würde wirklich jemand auf die Idee kommen, dass die Gruppe anständiger wird, wenn einer oder zwei von ihnen ihre Moralvorstellungen allen anderen mit Gewalt aufzwingen?

Der konservative Papa-Staat entspricht einem disziplinierenden Beschützer-Vater, der die Familie vor äußeren Angriffen bewahrt (so wie das Militär eines „Staates") und vor Übergriffen durch andere Familienmitglieder (so wie die „Strafverfolgung" eines „Staates"). „Unerwünschte" Personen hält er von der Familie fern (im „Staat" geschieht das durch „Einwanderungsgesetze") und er setzt seine Moralvorstellungen durch, indem er die Familienmitglieder bestraft, die sich nicht an die Regeln halten. Das entspricht den „Gesetzen" gegen Pornographie, Prostitution, Glücksspiel, Drogenkonsum und andere Gewohnheiten und Verhaltensweisen. Obwohl es sich dabei nicht um Gewalt gegen andere Menschen oder um Betrug handelt, werden diese Dinge von vielen als physisch, moralisch oder spirituell zerstörerisch angesehen.

Nur leider ist der Versuch, moralisches Verhalten mit Gewalt durchzusetzen schlimmer als das angeblich unmoralische Verhalten selbst. Niemand hat das Recht, sich gewaltsam in die Entscheidungen eines friedlichen Menschen einzumischen. Abgesehen davon ist es auch höchst gefährlich, Präzedenzfälle zu schaffen, nach denen es in Ordnung sein soll, vermeintlich ungehöriges oder geschmackloses Verhalten gewaltsam zu unterbinden.

Sobald so etwas grundsätzlich akzeptiert wird, kommt es zu einem Krieg, in dem jeder gegen jeden kämpft. Die Zeit, in der alle genau die gleichen Werte und Sichtweisen haben, wird niemals kommen. Frieden und Freiheit können nicht existieren, wenn jede Meinungsverschiedenheit und jeder Unterschied in den Verhaltens- und Lebensweisen zu gewaltsamen Konflikten mit einer

„Regierung" führt. Zivilisation ist ein Zustand der friedlichen Koexistenz und nicht das Ergebnis eines Prozesses, in dem jeder gewaltsam vom gleichen überzeugt wird. Zivilisation entsteht aus der Selbstverpflichtung darauf, auf die Initiierung von Gewalt zu verzichten, auch gegen Menschen, die an etwas anderes glauben.

„Konservative" Staatsgläubigkeit führt ebenso wie die „sozialistische" Staatsgläubigkeit zwangsläufig zu ewigem Streit und zu Konflikten. Beides zielt darauf ab, den freien Willen und individuelle Werte gewaltsam durch die sogenannte Moral einer herrschenden Klasse zu verdrängen. Deren oberste Prinzipien sind Gewalt, Konformität und Gleichheit. Gewalt kann keine Anständigkeit erzeugen, auch wenn es manchmal durch den dadurch erzeugten Gehorsam so scheint. Alle Versuche der „Autorität", die Menschen zu moralischem und anständigem Verhalten zu zwingen, sind zum Scheitern verurteilt. Sie führen zu nichts anderem als zur Zunahme von Gewalt und Konflikten in der Gesellschaft.

Wahre Toleranz

Der Glaube an die „Autorität" sitzt so tief, dass viele Menschen automatisch glauben, dass es „illegal" sei, nicht mit der „Regierung" einverstanden zu sein. In ihrem Privatleben würden die meisten Menschen niemals Gewalt gegen andere anwenden, mit deren Gewohnheiten oder Lebensweisen sie nicht einverstanden sind. Fast jeder akzeptiert täglich Entscheidungen und Verhaltensweisen anderer, die er selbst nicht gut findet. Etwas zu „tolerieren" bedeutet lediglich zu akzeptieren, dass es existiert. Es bedeutet, darauf zu verzichten, es gewaltsam zu beseitigen. Es bedeutet nicht, es gut zu finden oder zu befürworten. Wahre Toleranz ist das, was Menschen mit unterschiedlichen Sichtweisen und Glaubenssystemen ermöglicht, friedlich zusammenzuleben.

Ironischerweise wird „Toleranz" oft von Staatsgläubigen als Vorwand missbraucht, um Intoleranz zu rechtfertigen. Wenn sich ein Unternehmer zum Beispiel aus Gründen der Rasse, Religion, sexuellen Orientierung oder irgendwelcher anderer allgemeiner Eigenschaften dagegen entscheidet, mit jemandem zusammenzuarbeiten oder Geschäfte mit ihm zu machen, so wird das oft als „Intoleranz" bezeichnet. Das ist es aber nicht, weil der Unternehmer nicht gewalttätig ist. Anschließend wird gefordert, dass die „Autorität" den Arbeitgeber nach „Recht und Gesetz" dazu zwingt, wen auch immer einzustellen und mit jedem Geschäfte zu machen, den die „Autorität" für richtig hält. Sie untersagt es ihm unter Androhung und Anwendung von Gewalt, selbst darüber zu entscheiden. Und das ist Intoleranz.

Das ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie der religiöse Glaube an die „Autorität" dort Unterschiede vergrößert und Gewalt erzeugt, wo es sonst nicht dazu kommen würde. Es gibt zahlreiche gewaltfreie Wege, um Menschen von unerwünschtem Verhalten abzubringen.

Nehmen wir zum Beispiel einen Unternehmer, der sich weigert, Schwarze einzustellen. Wie abstoßend das auch sein mag, es ist keine gewaltsame Handlung. Diejenigen, die das anstößig finden, können den Unternehmer boykottieren oder sich gegen seine Praktiken und Überzeugungen aussprechen. Stattdessen wenden sich die Staatsgläubigen an die „Autorität", um jedem „faire" und „aufgeklärte" Entscheidungen aufzwingen zu lassen.

Das gleiche gilt für viele andere gesellschaftliche Probleme. Der Streit, ob die gleichgeschlechtliche Ehe „legal" oder „verboten" sein soll, ist nichts als ein Wettbewerb der Intoleranz auf beiden Seiten. Es ist nicht in Ordnung, mit Gewalt zu verhindern, dass zwei Männer sagen, dass sie verheiratet sind. Es ist auch nicht in Ordnung, alle anderen dazu zu zwingen, eine solche Beziehung als „Ehe" zu bezeichnen. Jedem Einzelnen eine bestimmte Vorstellung von „Ehe" aufzuzwingen, ist Konformitätsfaschismus.

Das gleiche gilt für „Gesetze" gegen Pornographie, durch die mit Gewalt verhindert werden soll, dass die Menschen bestimmte Dinge lesen oder sehen. Die „Drogengesetze" zählen ebenfalls dazu, genauso wie alle anderen Versuche des „Staates", gewaltsam zu bestimmen, welche Substanzen sich die Menschen verabreichen und welche nicht.

„Mindestlohngesetze" sollen gewaltsam erzwingen, worauf sich zwei Menschen einigen dürfen und worauf nicht. „Anti-Diskriminierungsgesetze" sollen Menschen in Verträge und Beziehungen hineinzwingen, die sie nicht wollen. „Gesetze", wie der „Americans with Disabilities Act" sollen gewaltsam „Fairness" herbeiführen, indem Unternehmen dazu gezwungen werden, Rampen für Rollstühle zu installieren.

Alle diese „Gesetze" und alle derartigen Handlungen der „Autorität" und des „Staates" sind Akte der Aggression und damit das genaue Gegenteil von Toleranz.

Es ist absurd, Menschen zu Freundlichkeit, Fairness und Empathie zwingen zu wollen. Nicht nur weil aggressive Gewalt an sich grundsätzlich falsch ist, sondern auch, weil es keine allgemeingültige Vorstellung von Freundlichkeit, Fairness und Empathie gibt. Die Ursache für das größte Ausmaß an Gewalt und Unterdrückung in der Geschichte war, dass Millionen von Menschen sich immer wieder um das Schwert der „Autorität" gestritten haben, mit dem anderen ihre Auffassung von „Anstand" und „Güte" aufgezwungen werden sollte.

Es erscheint paradox, aber folgende Tatsache ist historisch unbestreitbar: Die übelsten Abscheulichkeiten passierten in der Geschichte immer dann, wenn versucht wurde, die „Autorität" dazu einzusetzen, gute Dinge zu tun.

Die Verfassung der Sowjetunion zum Beispiel beschrieb eine „Autorität", die alle gleich behandelt, unabhängig von Rasse oder Religion, Beruf oder Geschlecht und die einzelnen Rechte aller Bürger in ihrem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben bewahrt. Die „Rechte", die in der sowjetischen Verfassung aufgezählt waren, umfassten Redefreiheit und Religionsfreiheit, das Recht auf Arbeit, auf Erholung und Freizeit und das Recht auf Wohnung, auf Bildung, auf Gesundheitsversorgung und das Recht auf Altersvorsorge. Die tatsächlichen Ergebnisse dieses wohlklingenden Experiments waren jedoch gewaltsame Unterdrückung, Schikane und Terror, wirtschaftliche Versklavung, Unterdrückung von Gedanken und Meinungen, eine flächendeckende Armut und die Ermordung von Millionen von Menschen, oft durch absichtlich herbeigeführte Hungersnöte.

Die Verfassung der Volksrepublik China ist sehr ähnlich wie die der Sowjetunion und sie führte auch zu ähnlichen Ergebnissen: flächendeckende gewaltsame Unterdrückung, Gewaltherrschaft und Massenmord. Der Versuch chinesischer „Behörden", die Staatsgewalt dazu einzusetzen, das

Bevölkerungswachstum zu reduzieren, hat zu besonders schrecklichen Ergebnissen geführt.

Tyrannen haben die Tyrannei schon immer mit den besten und edelsten Absichten gerechtfertigt. Aber auch die besten Absichten führen immer zu unmoralischer Gewalt, sobald sie mit dem religiösen Glauben an die „Autorität" vermengt werden, oft auch zu Gewalt von unfassbarem Ausmaß. Auch ohne die unzähligen historischen Beispiele sollte es offensichtlich sein, dass Mitgefühl und Fairness, Liebe und Anstand, Kooperation und Brüderlichkeit durch autoritäre Aggression und Gewalt erreichen zu wollen, vollkommen verrückt ist. Der „Staat" ist von Natur aus ein Instrument zur gewaltsamen Steuerung. Er hat nie für Gerechtigkeit, Frieden und Harmonie gesorgt und wird das auch in Zukunft nicht tun.

Bemerkenswert ist auch, dass politische „Linke" und „Rechte" beide hinter dem Konzept der „Gleichheit" stehen. Die politische „Rechte" drängt auf „Gleichheit vor dem Gesetz" und die politische „Linke" auf Gleichheit als Ergebnis. Weder die eine noch die andere Seite will wahre Gleichheit. Wahre Gleichheit würde bedeuten, dass die herrschende Klasse genauso gleich ist wie alle anderen. Sobald es eine „Regierung" gibt, gibt es keine Gleichheit, weil Herrscher und Beherrschte offensichtlich niemals gleich sind.

Was Staatsgläubige tatsächlich wollen, ist die Gleichheit unter den Sklaven, aber enorme Ungleichheit zwischen den Sklaven und ihren Herren. Das zeigt erneut, dass sie den „Staat" als etwas Übermenschliches ansehen. Wer „Gleichheit für alle" fordert, versteht offensichtlich nicht, dass die Gleichheit auch für Politiker und die Polizei gelten müsste.

Ob groß oder klein, links oder rechts, der Staat ist ein Übel

Ausnahmslos jeder, der den „Staat" in irgendeiner Form befürwortet - ob liberal, konservativ, moderat, unabhängig, kommunistisch, faschistisch, konstitutionell oder was auch immer - ist der Auffassung, dass die Repräsentanten der „Autorität" zahlreiche Dinge tun sollten, die im Allgemeinen als ungerecht und unmoralisch gelten, wenn andere sie tun. Alle Staatsgläubigen glauben, dass die Menschen, die die „Regierung" bilden, von der grundlegenden menschlichen Moral befreit sind und deshalb das tun dürfen, wozu andere kein Recht haben. Ja, er darf sie nicht nur tun, sondern er soll und muss sie zum (vermeintlichen) Wohle der Gesellschaft sogar tun. Auch wenn die Art und das Ausmaß der aggressiven Gewalt unterschiedlich sind - ausnahmslos alle Staatsgläubigen befürworten sie.

In der Mythologie der Staatsgläubigen sind die politische „Linke" und die politische „Rechte" Gegenspieler. In Wirklichkeit sind sie zwei Seiten der gleichen Medaille. Der Unterschied besteht nur in dem, was sich die jeweiligen Wähler von den Machthabern erhoffen. In der Praxis wollen „Linke" und „Rechte" genau das gleiche: Vermögensumverteilung, Kriegstreiberei, zentrale Kontrolle des Handels und zahlreiche andere gewaltsam durchgesetzte Einschränkungen des Verhaltens ihrer Untergebenen.

„Linke" und „Rechte" streben nach der absoluten Macht. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich ganz und gar nicht voneinander. Hitlers sogenanntes „rechtes" Regime und Stalins sogenanntes „linkes" Regime waren nahezu identisch. Unabhängig von den ursprünglichen Absichten war das Endergebnis beider Regimes unbegrenzte Macht und Kontrolle für die Politiker und vollkommene

Hilflosigkeit und Versklavung für alle anderen.

Zwischen den politischen „Linken" und den politischen „Rechten" zu wählen, entspricht genau der gleichen Freiheit zwischen Tod durch den Strang und Tod durch Erschießen wählen zu dürfen. Eine zusätzliche unabhängige Partei bedeutet als zusätzliche Option den elektrischen Stuhl. So lange die Menschen nur darüber streiten, welche Verbrecherbande sie versklaven soll, was auch als „Demokratie" bekannt ist, werden die Menschen versklavt bleiben.

Ironischerweise beklagen Staatsgläubige aus allen politischen Lagern den Einfluss, den „Lobbyisten" und „Interessensgruppierungen" auf Politiker ausüben. Gleichzeitig ignorieren sie die Tatsache, dass jeder Wähler ein Interesse gegenüber der Politik vertritt und dass die Beteiligung an Wahlen als Wähler oder Wahlkämpfer nichts anderes als Lobbyismus ist. Sobald eine „Regierung" das Recht hat, gewaltsam in alle Bereiche der Gesellschaft einzugreifen, entsteht sofort ein unvermeidlicher Wettbewerb unter verschiedensten Gruppen, den diejenige gewinnt, die die Politiker am besten mit Geld und Gefälligkeiten hofiert.

Es ist absurd, ein autoritäres Kontrollorgan namens „Regierung" zu befürworten und sich anschließend über die zwangsläufig eintretenden Folgen eines solchen autoritären Kontrollorgans zu beklagen: die ständigen Versuche, es mit Geld im Sinne der Geldgeber zu beeinflussen. Politiker können nur gekauft werden, weil sie Macht haben, die sie verkaufen können und die Macht haben sie nur, weil die Leute glauben, dass sie Macht haben. Die Staatsgewalt wird immer dazu verwendet, dem Einen auf Kosten des Anderen Vorteile zu verschaffen. Wofür sonst könnte Zwang eingesetzt werden? Korrupt zu sein ist eines der Wesensmerkmale des „Staates" bzw. der „Regierung". Jeder Staatsgläubige will, dass der „Staat" seinen Willen anderen mit Gewalt aufzwingt, bezeichnet es aber als „Korruption", wenn jemand anderes mit genau der gleichen Strategie bevorzugt wird. Diese Heuchelei ist unglaublich.

„Konservative" setzen in Talkshows und anderswo in den Medien scheinheilig die „Sozialisten" auf die Anklagebank. Sie kritisieren sie für die erzwungene Umverteilung von Vermögen, während sie exakt die gleiche Umverteilung für andere Ziele fordern. Sozialhilfe zu kritisieren und gleichzeitig Subventionen zu fordern oder Gesetze abzulehnen, die für mehr „Fairness" sorgen sollen und gleichzeitig den „Krieg gegen die Drogen" zu unterstützen oder die Verstaatlichungspläne der Sozialisten anzugreifen und gleichzeitig Geld in einen riesigen zwangsfinanzierten Militärapparat der „Regierung" stopfen, also die Sicherheitsindustrie verstaatlichen zu wollen - das alles zeigt, dass „Konservative" keinerlei philosophische Prinzipien haben.

Die gleiche Heuchelei ist bei den Sozialisten zu beobachten: „Rechte" Kriegstreiberei wird verurteilt, während die ohnehin schon riesige aggressive Erpressungsmaschinerie namens „Steuersystem" weiter vergrößert werden soll. Sie beschweren sich über die „Intoleranz" der „Rechten" und fordern gleichzeitig alle möglichen intoleranten, autoritären Verhaltensvorschriften.

In Wahrheit gibt es keinen Unterschied zwischen den philosophischen Prinzipien des einen und des anderen Staatsgläubigen. Alle Staatsgläubigen fordern eine herrschende Klasse, die das Recht haben soll, die Bevölkerung zu beherrschen und auszurauben. Über Prinzipien wird nie geredet, sondern nur darüber, wie die Beute aus den Raubzügen verteilt werden soll und was dem Fußvolk als nächstes aufgezwungen werden soll. So etwas wie tolerante „Sozialisten" oder tolerante

„Konservative" kann es nicht geben, weil keiner von ihnen Menschen toleriert, die ihr Geld nach ihren eigenen Vorstellungen verwenden und ihre Leben nach eigenen Vorstellungen leben wollen.

Die Art und das Ausmaß der Staatsgläubigkeit bestimmt über die Art und das Ausmaß unmoralischer Aggression. Konstitutionalisten befürworten beispielsweise ein relativ niedriges Ausmaß an Raub und Erpressung, also „Steuern". Sie denken, dass nur einige wenige bestimmte Aktivitäten und Verhaltensweisen durch Drohungen und Zwang, also „Regulierung", unterbunden werden sollen. Aber jede Macht, die eine Verfassung angeblich durch Wahlen irgendwem verleiht, ist eine Macht, die Normalsterbliche Individuen nicht besitzen. Warum sollte man auch in einer Verfassung festhalten, bestimmten Personen ein Recht einzuräumen, das alle anderen bereits haben? Alle diese „Ermächtigungen" und alle Dokumente, die einer „Regierung" oder einem „Gesetzgeber" erlauben, alles zu tun, was ihr in den Sinn kommt, sind Freibriefe für Verbrechen.

Es ist offensichtlich, dass weder Einzelne noch Gruppen von Menschen das moralische Recht haben können, friedlichen Menschen Gewalt anzutun. So ein Recht kann auch nicht weitergeben werden, weil es von vorne herein nicht existiert. Irgendwelche Dokumente oder Rituale sind dabei ebenso irrelevant wie Versuche, solche angeblichen Rechte irgendwie zu begrenzen und zu beschränken. Kurzum, einen „Staat" oder eine „Regierung" zu befürworten ist das gleiche, wie Verbrechen zu befürworten.

„Sozialisten" und „Konservative" bestehen gleichermaßen auf irgendeinen „Anführer". Das entspricht den Umständen, unter denen sie aufgewachsen sind. Das einzige, was ständig von ihnen verlangt wurde, ist Gehorsam gegenüber der „Autorität". Durch diese Dressur haben sie so gut wie keine Ahnung, was sie tun sollen, wenn man sie sich selbst überlässt. Sie sind hilflos, wenn es auf einmal niemanden mehr gibt, der ihnen sagt, was zu tun ist. Sie weigern sich, erwachsen zu werden und halluzinieren eine übermenschliche „Autorität" herbei. Auf der Erde gibt es nichts, was über der menschlichen Spezies steht und so erschaffen sie dieses übermenschliche Wesen aus dem Nichts und geben ihm übermenschliche Eigenschaften, Rechte und Fähigkeiten.

Das Ganze ist eine reine Wahnvorstellung, an der die große Mehrheit der Menschen weltweit erkrankt ist. Die meisten weigern sich standhaft, anzuerkennen, dass es niemanden außer sie selbst geben kann, der dazu in der Lage ist, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden. Es gibt keinen magischen Zaubertrick, der Wahrheit und Gerechtigkeit automatisch herbeiführt. Es gibt kein „System", das absolute Sicherheit oder Fairness garantiert. Es sind die normalsterblichen Menschen, die mit all ihren Fehlern und Unzulänglichkeiten die beste und einzige Hoffnung für eine zivilisierte Welt sind. Es gibt keine Zahnfee, keinen Weihnachtsmann oder ein magisches Wesen namens „Regierung", die unmoralisches Verhalten in moralisches verwandelt oder unvollkommene Menschen dazu bringt, perfekt zu sein. Der Glaube an so ein Wesen ist nicht nur sinnlos und ineffektiv, sondern erhöht ganz massiv das Ausmaß an Dummheit, Konflikten, Ungerechtigkeit, Intoleranz, Gewalt, Unterdrückung und Mord in unserer Gesellschaft.

Und trotzdem klammern sich die meisten indoktrinierten Staatsgläubigen an ihre gewohnte, aber unglaublich zerstörerische, heimtückische und menschenverachtende, religiöse Überzeugung, anstatt endlich erwachsen zu werden und die Tatsache anzuerkennen, dass es niemanden gibt, der über ihnen steht. Weder eine riesige Mama noch ein Papa wird sie erlösen. Jeder Einzelne von ihnen muss persönlich entscheiden, was er für richtig hält und dieses eigenverantwortlich tun.

Leider stellen sie sich nicht der Unsicherheit und Verantwortung, die ein Leben in Freiheit voraussetzt. Sie bevorzugen Krieg, Elend und vollständige Versklavung.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" erstickt nahezu alle positiven Auswirkungen von religiösen und moralischen Überzeugungen. Was die meisten Menschen als ihre „Religion" bezeichnen, ist eine inhaltsleere Hülle. Was sie für moralisch und anständig halten, ist irrelevant, solange sie in ihrem religiösen Glauben an die „Autorität" gefangen sind. Christen sagen zum Beispiel „wenn dich jemand auf die Wange schlägt, dann halte ihm die andere hin", „liebe deinen Nächsten" (und auch noch „liebe deinen Feind") und „behandele andere stets so, wie du möchtest, dass du behandelt wirst". Doch jeder sogenannte Christ, der staatsgläubig ist, tritt das alles mit Füßen, weil er ständige Gewalt gegen jeden fordert - gegen Freund und Feind, Nachbarn und Fremde.

Der Gipfel der Heuchelei ist die Teilnahme an politischen Wahlen. Sie sind ein Affentheater, bei dem Menschen als fromm, religiös, mitfühlend, liebevoll und anständig präsentiert werden. Wenn sie anschließend an der Macht sind, wenden sie Gewalt gegen alles und jeden an. Jemand anderen damit zu beauftragen, seinen Nachbarn auszurauben, um es nicht persönlich tun zu müssen, ist an Feigheit und Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Nahezu jeder Christ (und jedes Mitglied jeder anderen Religion) verhält sich so, indem er „Politik" unterstützt.

Wie bereits mehrfach erwähnt, ist der Glaube an den „Staat" und an die „Regierung" nichts anderes als eine religiöse Überzeugung. Die überwiegende Mehrheit jener, die sich als „Atheisten" bezeichnen, sind keine Atheisten, weil sie an den Gott namens „Regierung" glauben. Sie erkennen ihre Staatsgläubigkeit nicht als religiösen Glauben, aber ihr Glaube an den übermenschlichen Retter der Menschheit namens „Staat" sitzt genauso tief und wie die religiöse Überzeugung der Gläubigen aller anderer Glaubensrichtungen.

Atheisten sind sehr gut darin, die Zerstörungen zu erkennen, die im Laufe der Geschichte im Namen der Religionen angerichtet wurden. Sie weisen absolut zu Recht auf die Unterdrückung, die abscheulichen Terrorakte und die flächendeckende Folter und Ermordung Unschuldiger durch die Kirchen hin. Immer dann, wenn die Kirchen als „Autorität" anerkannt wurden, kam es zu diesen Ereignissen. Was sie aber seltsamerweise nicht erkennen, sind die grauenhaften Ergebnisse des Staatsgottes, den sie selbst anbeten. Die meisten modernen Atheisten merken trotz der glasklaren Beweise nicht, dass sie Anhänger der zerstörerischsten Kirche der Menschheitsgeschichte sind. Die Kirche der Staatsgläubigen hat Chaos, Tod und Zerstörung in einem Ausmaß angerichtet, das weit über das hinausgeht, was die schlimmsten Kirchen der Menschheit bisher angetan haben.

Beispielsweise wurden im Zeitraum von 200 Jahren etwa ein bis zwei Millionen Menschen in den Religionskriegen getötet, die „Kreuzzüge" genannt werden. In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden mehr als hundert Mal so viele Menschen durch die „fortschrittliche Politik" kollektivistischer „Staaten" und „Regierungen" getötet. Der technologische Fortschritt spielte bei der sehr viel höheren Anzahl der Ermordeten eine große Rolle, daran besteht kein Zweifel, aber der Punkt ist, dass es irrelevant ist, ob der Autoritätsglaube „Kirche" und „Religion" oder „Staat" und „Regierung" genannt wird. Der Autoritätsglaube ist es, was so brandgefährlich ist und zu schlimmen menschlichen Tragödien führt.

Dass viele Atheisten die eine Form des Autoritätsglaubens verurteilen und gleichzeitig die andere vehement befürworten zeigt, wie umfassend ihre selektive Blindheit ist. Oft sind sogar ausgerechnet diejenigen, die die Unterdrückung im Namen der „Religion" am schärfsten kritisieren dem Staatsgott am meisten verfallen. Auch in der Wahrnehmung der Staatsgläubigen gibt es einen großen Unterschied zwischen anständigem individuellem Verhalten und anständigem Verhalten der „Regierung".

Wenn eine Einzelperson 100 Dollar stiehlt, so gilt das als unmoralisches Verbrechen. Wenn die „Regierung" jedes Jahr Billionen von Dollar stiehlt, so gilt das als akzeptables Verhalten. Wenn der einzelne Durchschnittsmensch eine 100-Dollar-Note druckt und in Umlauf bringt, so gilt das als Betrug und Fälschung. Wenn die „Regierung" „legal" der Federal Reserve die Erlaubnis erteilt, das Gleiche zu tun, das aber mit Billionen von aus dem Nichts geschaffenen „Dollars", so ist das akzeptabel und sogar sinnvoll und notwendig. In den meisten Staaten ist es dem Einzelnen verboten, Schusswaffen zu besitzen. Die Handlanger der „Regierung" dürfen dagegen über Pistolen, Bomben, Kampfflugzeuge, Panzer, Raketen und auch nukleare Sprengköpfe verfügen.

Es ist paradox, dass solche Waffen - mit der Ausnahme von Atomwaffen - oft ausgerechnet in die Hände der Personen gegeben werden, denen vor ihrer Zeit als Handlanger des „Staates" der Besitz einer Feuerwaffe verboten wurde. Wenn diese Personen selbst entscheiden, dass es für sie in Ordnung ist, einen fünfschüssigen Revolver zu haben, werden sie von Politikern für nicht vertrauenswürdig gehalten und gelten als Gefahr für die Gesellschaft. Aber wenn genau die gleichen Leute Befehlen blind gehorchen, sind sie für die gleichen Politiker so vertrauenswürdig, dass man ihnen ruhigen Gewissens Sturmgewehre, Scharfschützengewehre, Granaten, Maschinengewehre, Panzer, Kampfflugzeuge, Bomber, schwere Artillerie und unzählige andere Waffen überlassen kann, die großflächige Zerstörungen anrichten können.

Zwischen dem, was die Menschen mehrheitlich als akzeptables individuelles Verhalten und akzeptables „staatliches" Verhalten ansehen, besteht eine riesige Kluft. Hinzu kommt noch, dass der Punkt, an dem der „Staat" zu weit geht, für sie irgendwie vom Zufall abhängt. Der Maßstab für moralisches Verhalten, der an einzelne Menschen angelegt wird, ist eindeutig: Zu stehlen, zu betrügen, andere zu verletzen oder zu ermorden ist inakzeptabel. Der Maßstab für richtig und falsch, der an den „Staat" und an die „Regierung" angelegt wird, scheint dagegen vollkommen beliebig zu sein. Es wird zum Beispiel als allgemein richtig angesehen, dass der Verkauf und Konsum von Alkohol nicht „gesetzlich verboten" ist. Der Verkauf und Konsum von Marihuana muss hingegen „gesetzlich verboten" bleiben und Verstöße müssen gewaltsam bekämpft werden.

Ein weiterer bizarrer Widerspruch ist, dass die meisten Menschen zu Recht mit großer Empörung reagieren würden, wenn der „Staat" sie dazu zwingen würde, den Müll in der eigenen Nachbarschaft einzusammeln. Aber die meisten betrachten es als legitim, wenn der „Staat" durch die militärische „Einberufung" sie dazu zwingt, in ein anderes Land zu gehen, um Menschen zu töten oder sich töten zu lassen.

Menschen dazu zu zwingen, um die halbe Welt zu reisen, um wildfremde andere Menschen zu ermorden, ist die abscheulichste Form von Zwangsarbeit. Bezeichnenderweise wurde sie von der US-„Regierung" unter Verletzung der eigenen Regeln angeordnet: Der dreizehnte Verfassungszusatz verbietet „unfreiwilligen Militärdienst". Was die „Regierung" darf, muss sich an

keinerlei Prinzipien orientieren.

Weltweit und in der gesamten Geschichte haben die Menschen sehr langsam damit angefangen, Widerstand gegen Tyranneien zu leisten. So lange das Ausmaß der Tyrannei nur langsam und stetig zunimmt, entsteht nicht der Eindruck, sie sei „zu weit gegangen". Das liegt daran, dass die Tyranneien keine moralischen Prinzipien haben, nach denen beurteilt werden kann, was richtig und was falsch ist. Wer keine Grenzen kennt, kann auch nicht „zu weit gehen" und diese Grenzen überschreiten.

Der Glaube an die „Autorität" ist mit moralischen Prinzipien völlig unvereinbar. Prinzipien würden voraussetzen, dass diejenigen, die die „Autorität" darstellen, sich an genau die gleichen Verhaltensregeln halten müssen wie alle anderen. Das ist logisch, denn wie soll es Untergebenen möglich sein, ihren Herren bestimmte Verhaltensweisen aufzuzwingen? Und wenn „Steuern", also die Zwangsenteignung von Vermögen, von 62 Prozent auf 63 Prozent steigen, wie könnte der Staatsgläubige dann sagen, dass die „Regierung" dadurch eine bestimmte Grenze überschritten habe oder dass sie damit „zu weit gegangen" sei?

Es kann kein Prinzip geben, nach dem Raub richtig ist. Raub an sich und unabhängig von seinem Ausmaß ist falsch. Auch wenn der Raum als „legal" bezeichnet wird. Wenn 1 Prozent Zwangsenteignung durch die „Regierung" legitim ist, so gilt das im Prinzip auch für 99 Prozent. Entweder die Herrscher sind Eigentümer des Volkes und haben das Recht so viel von ihrem Eigentum zu nehmen, wie sie wollen - oder sogar die Menschen selbst zu besitzen - oder die Herrscher haben kein Recht, ihnen auch nur die kleinste Kleinigkeit gewaltsam wegzunehmen. Ein Prinzip zeichnet sich dadurch aus, dass es keine Ausnahmen irgendwo dazwischen gibt. Wie könnte es auch? Es ist nicht rational begründbar, dass 46 Prozent Versklavung gut ist, aber dass 47 Prozent schlecht ist. Eine prinzipielle Grenze irgendwo zwischen 0 Prozent und 100 Prozent kann es nicht geben.

Wenn die Gewalt der „Regierung" beginnt, Grenzen zu überschreiten und dadurch offensichtlich willkürlich und bösartig wird, wird sie von den Staatsgläubigen in Frage gestellt. Aber es gibt keinerlei Grenzen, an denen sie die Rechtmäßigkeit der Handlungen der herrschenden Klasse messen können. Sobald einmal akzeptiert wird, dass eine Gruppe von Menschen ein Recht dazu hat gewaltsam gegen andere vorzugehen, gibt es keinen objektiven Maßstab mehr, der dieses Recht begrenzen könnte. Wenn der „Staat" die Menschen zum Vorzeigen einer schriftlichen Erlaubnis zwingen kann, um mit dem Auto zum Laden an der nächsten Ecke zu fahren, warum sollte er dann nicht von ihnen eine ebensolche Erlaubnis verlangen können, die gleiche Strecke zu Fuß zu gehen? Wenn es rechtens ist, dass der „Gesetzgeber" von den Menschen verlangt, ihre privaten Schusswaffen zu erfassen und zu regulieren, warum soll es dann nicht auch rechtens sein, alles was sie sagen oder schreiben zu speichern und zu regulieren? Wenn es in Ordnung ist, dass die „Regierung" ein Monopol auf das Versenden von Briefen schafft, wie es in den USA mit dem Postal Service der Fall ist, warum soll es dann nicht in Ordnung sein, wieder ein Monopol auf Telefondienste einzuführen?

Der „Staat" verdrängt Freiheit immer zugunsten von Totalitarismus. Sobald der „Staat" zugelassen wird, wird anerkannt, dass es eine herrschende Klasse gibt. Für die Befugnisse dieser Klasse gibt es naturgemäß keine objektive Grundlage, sonst wäre sie keine herrschende Klasse.

Es kann keinen rationalen moralischen Maßstab dafür geben, dass eine bestimmte Person das Recht hat, Aggressionen wie Diebstahl, Drohungen, Nötigung und Unterdrückung zu begehen. Dafür, dass er solche Taten nur zu einem gewissen Grad begehen darf oder nur, wenn es „notwendig" ist, gilt genau das gleiche. Als Sklave anzuerkennen, dass man das rechtmäßige Eigentum einer anderen Person ist und gleichzeitig zu behaupten, dass es Grenzen für das gibt, was der Eigentümer mit einem machen kann, ist ein logischer Widerspruch. Als Sklave irgendeinen Herren zu akzeptieren (einschließlich einer sogenannten „Regierung") und dann zu glauben, dass man - als Untergebener - über das Ausmaß der Macht des Herren bestimmen kann, entbehrt jeder Logik und Realität. Trotzdem ist es genau das, was alle Gläubigen bei „repräsentativen Regierungen" tun wollen.

Die Staatsgläubigen akzeptieren es grundsätzlich, das Eigentum eines anderen zu sein, und zwar das Eigentum der Menschen, die angeblich die „Autorität" darstellen. In diesem Glauben betteln sie ihren Herren um Gefälligkeiten an. Indem sie dieses tun, verstärken sie den Glauben, dass den Herren vorbehalten sei, was mit den Untertanen geschieht.

Sämtliche „politischen Prozesse" lassen sich mit einem Satz zusammenzufassen: „Wir, das Volk, bitten Sie, die Herrscher, um Erlaubnis, dies und jenes tun zu dürfen." Allen politischen Aktivitäten liegt implizit zugrunde, dass das einzige Recht der Menschen darin besteht, zu jammern und betteln. Letztendlich sind es immer die Herren, die darüber entscheiden, was geschieht. Für „Gesetzesänderungen" einzutreten, setzt voraus, „die Gesetze" als rechtmäßig anerkannt zu haben. Im Gegensatz dazu würde das Opfer eines bewaffneten Autoräubers den Täter niemals um Erlaubnis bitten, sein Auto zu behalten. Wenn das Opfer die Möglichkeit hat, den Angriff gewaltsam abzuwehren, so hätte es jedes Recht, dieses auch zu tun.

Um etwas zu bitten bedeutet, zu akzeptieren, dass die Entscheidung der Person vorbehalten ist, an die die Bitte gerichtet ist. Die „Regierung" um ein bisschen mehr Freiheit zu bitten bedeutet also zuzugeben, dass die Menschen an der „Regierung" das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob es mehr Freiheit gibt oder nicht. Um Freiheit zu bitten ist, nicht frei zu sein, sondern seine Unterwerfung unter jemand anderen anzuerkennen. Es ist ein Widerspruch in sich, auf „unveräußerliche Rechte" zu verweisen und die Politiker gleichzeitig um „gesetzliche Erlaubnis" zu bitten, diese Rechte wahrzunehmen. Der religiöse Glaube an die „Autorität" veranlasst selbst die glühendsten Freiheitsaktivisten dazu, ihre eigene Unterwerfung hinzunehmen. Unabhängig davon, wie nachdrücklich sie die Politiker darum „bitten", bestimmte „Gesetze" zu ändern, verstärken diese „freiheitsliebenden" Menschen mit ihrem Autoritätsglauben nur den Anschein der Rechtmäßigkeit der Herrscherkaste. Allein dadurch, dass sie implizit zustimmen, dass die Menschen die Herrscherkaste um „Erlaubnis" bitten müssen, um das Recht zu erhalten, was auch immer zu tun.

Die Auswirkungen der Autoritätsgläubigkeit auf Freiheitsaktivisten

Die „Regierung" selbst richtet keinen Schaden an, denn sie ist ein fiktives Wesen. Aber der Glaube an die „Regierung", also die Vorstellung, dass manche Menschen tatsächlich das moralische Recht haben, andere zu beherrschen, hat zu Schmerz und Leid, Ungerechtigkeit und Unterdrückung, Versklavung und Tod in grenzenlosem Ausmaß verursacht.

Das grundlegende Problem besteht weder in irgendwelchen „Regierungsgebäuden" noch in Politikern, Soldaten oder sonstigen Staatsdienern. Das grundlegende Problem ist nicht eine Organisation, die abgewählt, gestürzt, oder „reformiert" werden kann. Das grundlegende Problem ist der Glaube selbst. Die Wahnvorstellung, der Aberglaube und Mythos der „Autorität" in den Köpfen von mehreren Milliarden von Menschen, einschließlich derer, die wegen dieses Glaubens am stärksten leiden mussten.

Paradoxerweise wirkt sich der Glaube an die „Autorität" dramatisch auf die Wahrnehmung und Handlungen ausgerechnet jener aus, die aktiv gegen ein bestimmtes Regime kämpfen. Der Glaube verändert und begrenzt die Möglichkeiten der Dissidenten, gegen die Unterdrückung „zu kämpfen" sehr drastisch, und fast alle ihre Bemühungen sind wirkungslos. Selbst im seltenen Fall, dass eine bestimmte Tyrannei beendet wird, wird diese so gut wie immer durch eine andere ersetzt, die meist noch schlimmer ist als die zuvor beseitigte. Anstelle des Kampfes gegen eine nicht existente Bestie, sollten die „Freiheitskämpfer" erkennen, dass sie nicht existiert, dass sie nicht existieren kann und dann entsprechend handeln.

Wenn nur wenige Menschen ihren Aberglauben überwinden, werden diese wahrscheinlich lächerlich gemacht, verurteilt, angegriffen, eingesperrt oder von denen, die immer noch fest daran glauben, ermordet. Aber wenn eine signifikante Minderheit den Aberglauben ablegt und ihr Verhalten entsprechend ändert, wird sich auch die Welt drastisch ändern. Wenn die Menschen wahre Freiheit wollen, werden sie sie bekommen, ohne dass Wahlen oder Revolutionen nötig sind. Das Problem ist, dass kaum jemand wirklich will, dass die Menschheit frei ist. Kaum jemand widersetzt sich dem Prinzip der Unterdrückung, so dass die Wirkung des religiösen Glaubens an die „Autorität" bestehen bleibt. Und zwar auch in den Köpfen der meisten Menschen, die sich als Rebellen, Nonkonformisten und Freidenker bezeichnen.

In ihrer Jugend gehen viele Menschen durch eine Phase der scheinbaren Aufsässigkeit, in der genau das getan wird, was nach Meinung der „Autorität" nicht getan werden sollte: Rauchen, Promiskuität, Drogenkonsum, bestimmte Kleidungsstücke oder Frisuren, Tattoos oder Piercings usw. Das alles erfolgt, wenn auch in einer abgeschwächten Form, in einer durch den religiösen Glauben an die „Autorität" kontrollierten Form. Anstatt um des Gehorsams Willen zu gehorchen, sind um des Ungehorsams Willen nicht unfolgsam. Anzeichen für eigenständiges Denken gibt es keine. Sie verhalten sich wie wütende Kinder anstatt wie zufriedene Kinder, benehmen sich aber noch lange nicht wie Erwachsene. Und in den meisten Fällen dauert es nicht lange, bis sie ihren natürlichen Drang wieder verlieren, die Ketten der „Autorität" zu sprengen. Sie „wachsen aus ihrem antiautoritären Ich wieder heraus" und verwandeln sich nach und nach zurück in „Vorzeigebürger", also in gehorsame Untertanen.

Die vermeintlich radikalen, antiautoritären Hippies der 1960er Jahre wurden beispielsweise mehr oder weniger mit der Präsidentschaft von Bill Clinton zur neuen „Regierung" der Vereinigten Staaten. Selbst die „Pazifisten" entschieden sich genauso wie ihre Vorgänger und trotz ihres Prinzips des „Leben und leben lassens" dafür, gewaltsam im Leben anderer Menschen herumzupfuschen, als ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, zur neuen „Autorität" zu werden - auch durch militärische Eroberung. Bei der „Generation X" und der „Generation MTV" war es genau das gleiche. Es immer nur darum, Menschen, die mit ihnen einer Meinung waren, an die Macht zu bringen, anstatt wirkliche Freiheit zu erreichen.

Es sind zwei vollkommen unterschiedliche Dinge, sich über eine bestimmte herrschende Klasse zu beschweren oder den prinzipiellen Irrsinn der „Autorität" zu erkennen und schließlich loszuwerden. Unter den vielen Formen der Rebellion und des Nonkonformismus gibt es kaum eine, die gegen die religiöse Gläubigkeit an die „Autorität" vorgegangen ist. Stattdessen wurde lediglich versucht, eine neue „Autorität" zu erschaffen. Eine neue herrschende Klasse, eine neue „Regierung", eine neue zentralisierte Unterdrückungsmaschinerie, die dazu dient, die Nachbarn gewaltsam zu unterwerfen und zu kontrollieren.

Nahezu alle so genannten „Rebellen" sind Hochstapler, die so tun, als würden sie Widerstand gegen „die Macht" leisten. Sie wollen in Wirklichkeit nur selbst an die Hebel der Macht. Und nichts anderes ist zu erwarten. Wenn die Annahme besteht, dass es eine „Autorität" notwendig sei und dass eine „Regierung", die eine Bevölkerung kontrolliert, etwas Rechtmäßiges sein soll, warum sollte jemand nicht an der Spitze stehen wollen? Jeder Mensch will die Welt so haben, wie er sie sich vorstellt und welchen besseren Weg könnte es geben, als selbst auf dem Thron zu sitzen? Wenn jemand davon ausgeht, dass autoritäre Macht rechtmäßig sei, warum sollte er nicht wollen, dass diese dazu eingesetzt wird, die Welt so umzugestalten, wie er es sich vorstellt?

Deshalb sind die einzigen Menschen, die für wahre Freiheit eintreten mit Anarchisten und Voluntaristen Menschen, die verstanden haben, dass andere mit Gewalt zu beherrschen nicht rechtmäßig sein kann. Auch wenn das als „Gesetz" bezeichnet wird und auch wenn es im Namen „des Volkes" geschieht oder im Namen des „Gemeinwohls". Einen neuen, klügeren, weiseren, anständigeren Herren an die Spitze der Herrschaft setzen zu wollen ist vollkommen unvereinbar mit dem Streben nach einer Welt, in der es keine Herren und keine Sklaven gibt.

Ebenso groß ist der Unterschied zwischen einem Sklaven, der an das Prinzip der Freiheit glaubt und einem Sklaven, der selbst zum neuen Herren werden will. Auch wenn der Sklave tatsächlich beabsichtigt ein freundlicher und großzügiger Herr zu sein. Selbst diejenigen, die eine relativ begrenzte, „gute Regierung" befürworten, wenden sich gegen die Freiheit. Solange die Menschen den religiösen Glauben an die „Autorität" nicht ablegen, führt jeder Sturz einer Tyrannei zur Gründung und zum Heranwachsen der nächsten Tyrannei.

Die Geschichte ist voll von Beispielen wie Fidel Castro und Guevara, die sich selbst nur so lange als „Freiheitskämpfer" hinstellten, bis sie selbst die neuen Unterdrücker waren. Sie und ihre Freunde leisteten zweifellos vehementen Widerstand gegen die Unterdrückung, aber sie waren nicht prinzipiell gegen jede autoritäre Unterdrückung, was man am Ende klar daran erkennen konnte, als sie selbst an der Macht waren. Dieses Muster hat sich im Laufe der Geschichte ständig wiederholt. Die Ablehnung des einen tyrannischen Regimes ist stets die Geburtsstunde des nächsten tyrannischen Regimes. Auch Hitlers Machtergreifung war zum Großteil auf die Wut zurückzuführen, die den Deutschen durch die Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen infolge des Versailler Vertrages zugefügt wurden.

So lange die Rebellen dem religiösen Glauben an die „Autorität" verfallen sind, wird das Erste, was sie nach dem Sturz der „Regierung" tun, eine neue „Regierung" zu errichten. Und so haben auch große Tapferkeit und Heldentum unter den Staatsgläubigen zu weiter nichts als dem Austausch des Tyrannen durch einen anderen geführt. Viele erkennen zwar bestimmte Handlungen bestimmter Tyranneien als solche, aber kaum jemand erkennt, dass das zugrundeliegende Problem nicht darin

besteht, wer auf dem Thron sitzt. Das Problem ist, dass es einen Thron gibt, auf dem irgendwer sitzen kann. Dass dieses nicht erkannt wird, ist auch das Problem bei eher banalen, relativ friedlich ablaufenden „Reformen".

In den USA ist zum Beispiel ein großer Teil der Bevölkerung durchaus in der Lage, die Ungerechtigkeiten durch den „Krieg gegen die Drogen", durch globale Kriegstreiberei und andere Rechtsverletzungen zu erkennen, die von der republikanischen Tyrannei begangen werden. Weil sie aber den religiösen Glauben an die „Autorität" nicht als das eigentliche Problem wahrnehmen, halten sie es für richtig, die Hebel der Macht an die demokratische Tyrannei zu übergeben. Diese begeht anschließend Rechtsverletzungen durch ausufernde „Besteuerung", „staatliche" Eingriffe in alle Bereiche der Wirtschaft, Vermögensumverteilung, Entwaffnung der Bürger durch „Verschärfungen des Waffenrechts" usw.

Und weil der religiöse Glaube an die „Autorität" erneut von denen, die diese Rechtsverletzungen als solche erkennen, nicht als das eigentliche Problem gesehen wird, sollen wiederum die republikanischen Tyrannen an die Hebel der Macht kommen. Und so vergeht ein Jahrzehnt nach dem anderen, in dem die Unterdrückungsmaschinerie nur den Besitzer wechselt, während die individuelle Freiheit in allen Bereichen des Lebens immer mehr verlorengeht. Und dennoch ist das Einzige, was den meisten Amerikanern als Lösung dazu einfällt, eine weitere Wahl oder eine andere politische Partei oder eine andere Lobbyarbeit. In der Hoffnung, ihr Flehen um eine anständigere und wohlwollendere herrschende Klasse möge erhört werden.

Einige Leute, die die Katastrophe erkennen, die durch das Zweiparteiensystem verursacht wird, sehen die Verantwortung für die Verfehlungen der „Regierung" beim „Extremismus". Sie glauben, dass alles besser wird, wenn die Menschen irgendeine Form der Unterdrückung zwischen dem „Linksextremismus" und dem „Rechtsextremismus" unterstützen. Solche Menschen behaupten, unabhängig, aufgeschlossen und moderat zu sein. In Wirklichkeit sind sie lediglich Befürworter einer allgemeinen Unterdrückung statt Befürworter einer besonderen Geschmacksrichtung der Unterdrückung. „Links" und „Rechts" sind nur zwei Masken, die ein und dieselbe herrschende Klasse aufsetzt. Eine weitere Maske, die einen Kompromiss zwischen den beiden anderen darstellen soll, wird keinerlei Auswirkungen haben. Am grundlegenden Problem und an der Zerstörung, die sie anrichtet, ändert sich rein gar nichts. Irgendeine Position zwischen der „linken" und der „rechten" Tyrannei zu unterstützen, führt nicht zur Freiheit, sondern nur dazu, dass sich beide Seiten an der Tyrannei beteiligen.

Für die Wähler der Demokraten oder der Republikaner oder jeder anderen Partei gilt: Keiner erkennt das eigentliche Problem und keiner kommt deshalb einer Lösung näher.

Sie bleiben Sklaven, weil ihre Gedanken und Gespräche in der sinnlosen Frage gefangen sind, wer ihr Herr sein sollte. Die Möglichkeit ohne einen Herren, ziehen sie nicht in Betracht - und sie wagen es nicht einmal, an so eine Möglichkeit nur zu denken. Sie konzentrieren sich ausschließlich auf irgendwelche politische Aktionen. Eine Strategie, die zum Scheitern verurteilt ist, da die Grundlage jedes politischen Handelns und das eigentliche Problem der religiöse Glaube an die „Autorität" ist.

Leider ist trifft das auch für die weniger bekannten „politischen Bewegungen" zu, wie die Konstitutionalisten oder die Libertarian Party, die vermeintlich für mehr Freiheit eintreten. Solange

sie innerhalb der Spielregeln der „Regierung" denken und handeln, sind ihre Bemühungen zur Lösung des Problems nicht nur völlig ungeeignet, sondern sie verschlimmern die Situation durch unbeabsichtigte Legitimierung des Herrschaftssystems und der Unterdrückung.

Die Spielregeln

Selbst die Mehrheit der Menschen, die die Freiheit lieben und an die „unveräußerlichen Rechte" glauben, verschwenden durch ihren religiösen Glauben an die „Autorität" riesige Mengen an Energie. Am meisten konzentrieren sie darauf, ihre Tyrannen darum zu bitten, die „Gesetze" zu ändern. Egal, ob es sich um Kampagnen für oder gegen bestimmte politische Kandidaten handelt oder um Lobbyismus für oder gegen irgendwelche „Gesetze", sie verstärken lediglich die Annahme, dass Gehorsam gegenüber der „Autorität" ein moralischer Imperativ sei.

Wenn Aktivisten versuchen, die Politiker davon zu überzeugen, die „Steuern" zu senken oder irgendein „Gesetz" aufzuheben, geben sie implizit zu, dass sie die Erlaubnis ihrer Herren benötigen, um frei zu sein. Derjenige, der „für ein Amt kandidiert" und verspricht, für die Menschen zu kämpfen, nimmt ebenfalls an, dass es der „Regierung" vorbehalten ist, zu entscheiden, was das Fußvolk tun darf. Daniel Webster beschreibt es wie folgt: „Es gibt Menschen in allen Altersgruppen, die mit besten Absichten regieren wollen, aber sie wollen regieren. Sie versprechen zwar, gute Herren zu sein, aber sie wollen Herren sein."

Aktivisten verschwenden enorm viel Zeit, Geld und Mühe darauf, ihre Herren darum zu bitten, ihre Befehle zu ändern. Viele gehen ihnen sogar aus dem Weg, um Veränderungen „innerhalb des Systems" bewirken zu können, unter der Betonung, nichts „Illegales" tun zu wollen. Unabhängig von ihrem Unmut über die Machthaber zeigt das nur, dass sie immer noch an die „Autorität" glauben und mit „legalem" Unrecht kooperieren, bis ihre Herren die Regeln dergestalt ändern, dass die Gerechtigkeit „legalisiert" wird. Auch wenn die vordergründige Botschaft lautet, dass sie das, was die Herrscher tun, ablehnen, lautet die tatsächliche Botschaft, die von jeglicher politischer Aktivität an die Machthaber gerichtet ist: „Wir wünschen uns, dass Sie Ihre Befehle ändern. Aber wir werden weiterhin gehorchen. Auch wenn Sie es nicht tun."

Fakt ist, dass derjenige, der Freiheit erreichen will, in dem Moment bereits gescheitert ist, wenn er die Machthaber um Freiheit bittet. Die Antwort des Machthabers spielt keine Rolle. Das Betteln um den Segen der „Autorität" bedeutet bereits, zu akzeptieren, dass allein der Machthaber entscheiden darf und das wiederum definiert bereits die Rolle des Sklaven.

Jemand, der Politiker darum bittet, die „Steuern" zu senken, bestätigt bereits implizit, dass Politiker das Recht haben, zu entscheiden, wie viel ein Mensch von dem behalten darf, was er selbst erarbeitet hat. Jemand, der Politiker darum bittet, ihn nicht auf dem Wege der Verschärfung des Waffenrechts zu entwaffnen, gibt im gleichen Moment zu, dass es das Recht des Machthabers ist, zu entscheiden, ob er bewaffnet sein darf oder nicht. Jene, die die Politik dazu anhalten wollen, die „unveräußerlichen Rechte" der Menschen zu respektieren, glauben in Wirklichkeit nicht daran, dass es unveräußerliche Rechte gibt. Diese „Rechte" sind nur Privilegien, die ihnen je nach Lust und Laune der Machthaber gewährt werden oder nicht.

Die Machthaber wissen genau, dass sie nichts zu befürchten haben, so lange ihre Untergebenen unterwürfig angekrochen kommen und sie um Freiheit und Gerechtigkeit bitten. Die Unzufriedenen können so lautstark und nachdrücklich ihre „Rechte einfordern", wie sie nur wollen. Es bleibt bei der Botschaft zwischen den Zeilen, die sie tatsächlich an ihre Herrscher senden: „Wir sind einverstanden, Herr und Gebieter, dass nur du entscheiden darfst, was wir tun und was wir lassen sollen." Diese Botschaft steckt in jedem politischen Aktivismus, der irrtümlicherweise für irgendeine Form des Widerstands gehalten wird.

Häufig beteiligen sich die Menschen zum Beispiel an Protesten vor den Gebäuden der „Regierung". Sie schwenken Plakate, skandieren Parolen und manchmal werden sie sogar gewalttätig, um ihren Unmut über das Verhalten ihrer Herren auszudrücken. Doch selbst durch solche „Proteste" wird nichts anderes erreicht als die autoritäre Herrschaft zu bestärken. Aufmärsche, Sitzblockaden, Proteste usw. sind dazu da, die Machthaber davon zu überzeugen, ihr niederträchtiges Verhalten zu ändern. Aber sie beinhalten die Anerkennung, dass es in der Macht der Herren liegt zu entscheiden, was die Menschen tun dürfen, was zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führt: Wenn die Menschen sich dazu verpflichtet fühlen, einer „Autorität" zu gehorchen, dann werden sie dazu verpflichtet, ihr zu gehorchen. Die Machthaber erhalten ihre gesamte Macht nur aus der Tatsache, dass bei ihren Untergebenen die Vorstellung besteht, dass sie die Macht haben.

Die Legitimierung der Unterdrückung

Je stärker Menschen versuchen, innerhalb des politischen Systems zu arbeiten, um Freiheit zu erreichen, desto stärker unterstützen sie das freiheitszerstörende System. Sie erhöhen dadurch den Anschein der Rechtmäßigkeit des Systems in ihrem eigenen Kopf und in den Köpfen aller Zuschauer. Politiker darum zu bitten, ihre „Gesetze" zu ändern, signalisiert, dass diese „Gesetze" irgendeine Bedeutung haben sollen und dass sie befolgt werden müssen. Es gibt nichts, was die Macht des religiösen Glaubens an die „Autorität" besser veranschaulicht als das Spektakel, wenn hundert Millionen Menschen einige hundert Politiker um niedrigere „Steuern" anbetteln. Wenn die Menschen wirklich verstehen würden, dass die Früchte der Arbeit eines Menschen sein Eigentum sind, würden sie nie auf die Idee kommen, sich an so einem Irrsinn zu beteiligen. Sie würden einfach damit aufhören, ihr Eigentum an die politischen Parasiten zu übergeben.

Ihr sorgfältig antrainiertes Verlangen, die Genehmigung der „Autorität" einzuholen, entspricht der gleichen Denkweise und Mentalität eines Sklaven: Sie fühlen sich buchstäblich schlecht, wenn sie ihr eigenes Geld behalten und selbst entscheiden, wofür sie es ausgeben, ohne vorher die Erlaubnis des Herren einzuholen. Staatsgläubige, die auf Knien angekrochen kommen, um ihre größenwahnsinnigen Herren um Freiheit anzubetteln, sorgen allein durch dieses Verhalten dafür, dass sie niemals frei sein werden.

Es ist nicht möglich, an die „Autorität" zu glauben und gleichzeitig frei zu sein. Das Konzept einer „Regierung" zu akzeptieren bedeutet schließlich, die eigene Verpflichtung zum Gehorsam, also die eigene Versklavung gegenüber der „Regierung" zu akzeptieren. Leider glauben viele Menschen, dass das Anbetteln der Machthaber durch „politisches Handeln" alles ist, was sie tun können. So beteiligen sie sich immer und immer wieder an unsinnigen Ritualen, die nur dazu dienen, den Anschein der Rechtmäßigkeit der Beziehung zwischen Herren und Sklaven zu stärken, anstatt den Tyrannen einfach nicht mehr zu gehorchen. Der „Autorität" nicht zu gehorchen, „das Gesetz zu

brechen" und als „Kriminelle" bezeichnet zu werden, ist sehr viel schlimmer für sie, als sich in die Rolle des Sklaven zu fügen.

Menschen, die ein deutlich niedrigeres Ausmaß an autoritärer Kontrolle und Zwang erreichen wollen, werden manchmal beschuldigt, gegen die „Regierung" zu sein, woraufhin sie vehement entgegnen, nicht gegen eine „Regierung" an sich zu sein, sondern nur eine bessere „Regierung" haben zu wollen. Mit ihren eigenen Worten geben sie zu, dass sie nicht an die Freiheit glauben, dafür aber an das göttliche Recht der Politiker und daran, dass eine herrschende Klasse eine gute und rechtmäßige Sache sei.

Nur jemand, der sich dazu verpflichtet fühlt, den Befehlen von Politikern gehorchen zu müssen, will es vermeiden, als „Regierungs- oder Staatsgegner" bezeichnet zu werden. Da „Regierung" und „Staat" immer auf Aggression und Unterdrückung hinauslaufen, kann man nicht wirklich für Freiheit eintreten, ohne ein „Regierungsgegner" zu sein. Die Tatsache, dass so viele politische Aktivisten nicht als „Regierungsgegner" bezeichnet werden wollen, zeigt, wie tief verwurzelt der religiöse Glaube an die „Autorität" ist. Und zwar auch in den Köpfen derer, die meinen, glühende Verfechter der individuellen Freiheit zu sein.

An dieser Stelle sei auf ein besonders faszinierendes Phänomen hingewiesen: Immer mehr Menschen, die über die autoritäre Ungerechtigkeit empört sind, aber immer noch nicht dazu bereit sind, ihren religiösen Glauben an die „Autorität" aufzugeben, versammeln sich in der Freiheits-, Miliz- oder Patriotenbewegung. Sie glauben, irgendein „legales" Heilmittel gefunden zu haben, das die Tyrannen davon überzeugen wird, sie in Ruhe zu lassen. [In Deutschland gibt es mit den „Reichsbürgern" und dergleichen ähnliche Bewegungen, Anm. d. Übers.].

Im Lauf der Jahre ist eine Theorie nach der anderen aufgetaucht, der zufolge irgendeine geheime „Regierung" existieren oder irgendeinen „legalen" Trick oder irgendein offizielles Verfahren geben soll, das die Menschen aus der Gewalt der „Regierung" befreien kann. Leider zeigt das alles nur, dass diese Menschen nichts weiter tun als nach einem Weg zu suchen, die Erlaubnis zu erhalten, frei zu sein. Doch der Weg in die Freiheit bestand noch nie darin, und wird nie darin bestehen, ein neues politisches Ritual, ein neues „legales" Stück Papier oder ein Argument oder irgendeine andere Form der „politischen" Aktivität hervorzuzaubern. Der einzige Weg in die Freiheit besteht darin, dass jeder Einzelne seinen eigenen religiösen Glauben an die „Autorität" ablegt.

Der libertäre Widerspruch

Dass es eine „libertäre" politische Partei gibt, ist vielleicht das beste Beispiel dafür, wie der Glaube an die „Autorität" das Denken verzerrt und der Freiheit Steine in den Weg legt. Das Herz und die Seele des Libertarismus ist das Nichtangriffsprinzip. Nach diesem ist die Initiierung von Gewalt oder der Betrug an anderen ausnahmslos falsch. Gewaltandrohung und -anwendung sind nur zur Verteidigung gegen einen Angriff in Ordnung.

Das Prinzip ist in sich vollkommen schlüssig und moralisch einwandfrei. Aber es durch einen politischen Prozess zu realisieren ist vollkommen widersprüchlich, da das Konzept einer „Regierung" und eines „Staates" mit dem Nichtangriffsprinzip unvereinbar ist. Wenn eine Organisation jegliche Androhung und Anwendung von Gewalt außerhalb des Verteidigungsfalles

unterbindet, dann kann sie keine „Regierung" sein. So eine Organisation hätte kein Recht auf Herrschaft, kein Recht darauf, „Gesetze" zu erlassen, sie hätte kein Monopol auf die Gewährleistung von Sicherheit und kein Recht auf alles andere, wozu jeder normale Mensch auch berechtigt ist.

Eine Ausrede der libertären politischen Aktivisten ist die Behauptung, dass die Gesellschaft der Autoritätsgläubigen sich nur dann in eine freie Gesellschaft umwandeln kann, wenn das langsam und Schritt für Schritt geschieht. Das ist aus einem ganz einfachen Grund noch nie geschehen und wird auch nie geschehen: Entweder gibt es eine „Autorität" oder es gibt sie nicht. Entweder gibt es eine als rechtmäßig angesehene herrschende Klasse mit dem vermeintlichen Recht, alle zu beherrschen, oder jeder Einzelne gehört sich selbst und ist nur seinem eigenen Gewissen verpflichtet. Das eine schließt das andere aus. Es kann kein Dazwischen geben, weil es unmöglich ist, gleichzeitig dem „autoritären" Befehl zu gehorchen und seinem individuellen Urteil treu zu bleiben. Eines muss zwangsläufig dem anderen übergeordnet sein. Wenn die „Autorität" das Gewissen außer Kraft setzt, dann ist das gemeine Volk das Eigentum der Herrscherklasse. In diesem Fall kann und darf es keine Freiheit geben. Wenn allerdings das Gewissen über der „Autorität" steht, entsteht Selbsteigentum und jeder Einzelne entscheidet selbst, was er für richtig und was er für falsch hält. Was irgendeine selbsternannte „Autorität" oder irgendein „Gesetz" vorschreibt, ist irrelevant. Es kann weder eine „Grauzone" noch einen Kompromiss zwischen diesen beiden Möglichkeiten geben.

Der Versuch, aus dem Libertarismus eine politische Bewegung zu machen, setzt eine verstümmelte, pervertierte Mischform dieser zwei Möglichkeiten voraus. Und zwar, dass ein System der Herrschaft - die „Regierung" - dazu verwendet wird, individuelle Freiheit zu erreichen. Immer wenn ein „Libertärer" Lobbyismus betreibt oder für ein politisches Amt kandidiert, zeigt er durch seine eigenen Handlungen, dass die „Autorität" und das menschgemachte „Gesetz" rechtmäßig seien. Wer aber tatsächlich an das Nichtangriffsprinzip glaubt, würde anerkennen, dass die Befehle von Politikern, also die „Gesetze", nicht über diesem Prinzip stehen können und dass grundsätzlich jedes „Gesetz", das im Widerspruch zu diesem Prinzip steht, nicht rechtmäßig sein kann.

Dies gilt auch für die „unveräußerlichen Rechte". Wenn ein Individuum ein Recht dazu hat, etwas zu tun, dann braucht es definitionsgemäß keine Erlaubnis irgendeines Herren, um es zu tun. Es muss sich weder für eine Veränderung der „Gesetzgebung" einsetzen, noch muss es versuchen, irgendwelche Herren zu wählen, die seine Rechte respektieren. Jeder, der tatsächlich an das Nichtangriffsprinzip glaubt - das ist die fundamentale Prämisse des Libertarismus - muss ein Anarchist sein, da es logisch unmöglich ist, gegen die Initiierung von Gewalt zu sein und gleichzeitig irgendeine Form von „Regierung" zu unterstützen, die durch nichts anderes als eben diese Initiierung von Gewalt definiert ist.

Libertäre können auch keine Konstutionalisten sein. In der Verfassung ist in Artikel 1, Abschnitt 8 beispielsweise deutlich festgeschrieben, dass bestimmten Menschen das Recht gegeben wird, Gewalt zu initiieren. Unter anderem durch „Besteuerung" und „Regulierung". Das Nichtangriffsprinzip des Libertarismus schließt logisch jegliche „Regierung" aus, also auch eine konstitutionelle Republik. (Jeder, der versucht, eine „Regierung" als eine Organisation zu sehen, die keine Angriffshandlungen durchführt, beschreibt im besten Fall eine private Sicherheitsfirma.) Den meisten Menschen wurde der religiöse Glaube an die „Autorität" so gründlich eingeimpft, dass sie

sich ihm sogar dann bereitwillig hingeben, wenn sie die moralische Überlegenheit eines Lebens nach dem Nichtangriffsprinzip - also dem Grundprinzip des Libertarismus - klar vor sich sehen. Selbst dann weigern sie sich standhaft zuzugeben, dass ein Recht zu herrschen niemals als Werkzeug dazu eingesetzt werden kann, Freiheit und Gerechtigkeit zu erreichen.

Darüber zu diskutieren, was der Machthaber tun sollte - nichts anderes ist „Politik" - und zu erklären und zu begründen, dass der Herrscher kein Recht dazu hat, überhaupt zu regieren, sind zwei vollkommen unterschiedliche Dinge. Als Libertärer für ein Amt zu kandidieren entspricht dem Versuch, diese beiden widersprüchlichen Dinge gleichzeitig zu tun. Es legitimiert das Amt, das der Kandidat anstrebt, auch wenn er behauptet, an das Nichtangriffsprinzip und an das Selbsteigentum zu glauben, welches im Widerspruch dazu steht, ein „öffentliches Amt" zu bekleiden. Wenn das Ziel darin besteht, individuelle Freiheit zu erreichen, ist „politisches Handeln" nicht nur nutzlos, sondern enorm kontraproduktiv, weil es in der Hauptsache den Anschein der Rechtmäßigkeit der Macht der herrschenden Klasse stärkt. Der einzige Weg, um Freiheit zu erreichen, besteht darin, zunächst die eigene geistige Freiheit zu erreichen und zu realisieren, dass niemand ein Recht dazu hat, andere zu beherrschen. Und das wiederum bedeutet, dass eine „Regierung" bzw. „Staat" weder rechtmäßig noch moralisch sein können, ja noch nicht einmal real existieren. Wer das nicht realisiert und weiterhin „das System" darum anbettelt, frei zu sein, spielt den Tyrannen direkt in die Karten.

Auch das Betteln um niedrigere „Steuern" oder um weniger „Steuerverschwendung" oder um „Legalisierungen" oder „Deregulierungen" oder um Senkung der „Staatsquote" geht am eigentlichen Problem vorbei. Es verstärkt das eigentliche Problem sogar, indem unwissentlich der Glaube ständig wiederholt und verstärkt wird, dass die Voraussetzung für Freiheit ist, dass die Machthaber sie für „rechtmäßig" erklären. Politisches Handeln stärkt dem Wesen nach immer die Herrscher und entmachtet die Beherrschten. Wenn genug Leute den religiösen Glauben an die „Autorität" erkennen und ihn ablegen, ist keine Wahl nötig, keine sonstige politische Aktion, geschweige denn eine Revolution. Wenn sich die Leute nicht mehr einbilden, den Politikern gehorchen zu müssen, werden diese buchstäblich wegignoriert.

Der Glaube an die „Demokratie" schwächt die Fähigkeit der Menschen erheblich der Tyrannei zu widerstehen, indem er die Wege des Widerstands blockiert. Wenn zum Beispiel 49 Prozent der Bevölkerung niedrigere „Steuern" wünscht, aber trotzdem weiter am religiösen Glauben an die „Autorität" festhält, können sie genau Null über den Umweg der „Demokratie" erreichen. Wenn dagegen auch nur 10 Prozent der Bevölkerung überhaupt keine „Steuern" zahlen wollen und den religiösen Glauben an die „Autorität" einschließlich der „demokratischen" Version losgeworden sind, werden sie ihr Ziel durch simplen Ungehorsam erreichen. Wenn in den USA beispielsweise 20 Millionen Menschen - also weniger als 10 Prozent der „Steuerzahler" - offen jeden weiteren Erpressungsversuch durch die Verweigerung der Kooperation mit dem Finanzamt unterbinden würden, könnten die Machthaber nichts dagegen tun und der berüchtigte Internal Revenue Service (IRS) würde gemeinsam mit seiner riesigen Erpressungsmaschinerie mit quietschenden Bremsen zum Stehen kommen. Für die 100.000 IRS-Mitarbeiter wäre es völlig unmöglich, ständig Millionen von Amerikanern zu berauben, die keinerlei Verpflichtung zur Zahlung empfinden. Es wäre auch für jede andere Institution unmöglich, irgendwelche „Gesetze" durchzusetzen, wenn auch nur ein Bruchteil der Bevölkerung nicht mehr gehorchen, ohne Scham oder Schuldgefühle dabei zu empfinden. Offene Gewalt alleine kann sie nicht dazu bringen, zu kooperieren.

Jede größere Bevölkerung, die Gehorsam nicht als etwas Wünschenswertes und Anständiges anerkennt und keine Verpflichtung dazu empfindet, den Befehlen jener zu gehorchen, die behaupten, das Recht auf Herrschaft zu haben, würde sich niemals unterdrücken lassen. Kriege entstehen nur, weil die Menschen sich dazu verpflichtet fühlen, in den Kampf zu ziehen, allein weil die „Autorität" das anordnet. Wie das alte Sprichwort besagt: „Stelle dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin." Solange die Leute in der Illusion gehalten werden, ständig betteln zu müssen, um frei zu sein, können sie mit Leichtigkeit unterworfen und unter Kontrolle gebracht werden. Solange die Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber einer „Autorität" über den persönlichen Überzeugungen und individuellen Werturteilen steht, sind diese persönlichen Überzeugungen und Meinungen in praktischer Hinsicht irrelevant. Sofern und solange ein Freiheitsbefürworter dazu bereit ist, dem Herren zu gehorchen, um „das Gesetz nicht zu brechen", ist seine Freiheitsliebe nur Lüge und Heuchelei und er wird überhaupt nichts erreichen.

Der neue Boss ist der alte

Viele denken, dass es keine Gesellschaft ohne Herrscher geben kann, weil in dem Augenblick, in dem die eine „Regierung" kollabiert oder gestürzt wird, sofort die nächste „Regierung" an die Macht kommt. In gewisser Hinsicht ist das richtig. Wenn die Menschen auch nach dem Sturz einer „Regierung" weiterhin am religiösen Glauben an die „Autorität" festhalten, werden sie tatsächlich den alten Herrscher lediglich durch einen neuen ersetzen. Aber die Ursache dafür ist weder die Notwendigkeit der „Regierung" noch das Wesen des Menschen.

Fast alle „Freiheitskämpfer", die gegen Tyrannei und Unterdrückung vorgehen, scheitern daran, zu erkennen, dass das eigentliche Problem nie die Menschen sind, die gerade an der Macht sind. Das eigentliche Problem befindet sich in den Köpfen der unterdrückten Menschen einschließlich der Köpfe der „Freiheitskämpfer". So lange die Menschen am religiösen Glauben an die „Autorität" festhalten, wird die Unterdrückung langfristig auch nicht durch eine offene gewaltsame Revolution enden. Die eine Herrschaft wird einfach durch eine andere ersetzt.

(Kaum einem, der seine Flagge am „Unabhängigkeitstag" schwenkt, ist bewusst, dass das Ausmaß der Unterdrückung unter König George III. kurz vor der amerikanischen Revolution ein Witz im Vergleich zu dem war, was die US-Bürger aktuell an „Besteuerung", „Regulierung" und anderen autoritären Nötigungen und Schikanen tagtäglich erleben.)

Bestimmte Ungerechtigkeiten im Namen bestimmter Regimes sind für die Menschen leicht zu erkennen. Viel schwieriger ist es für sie hingegen zu erkennen, dass die Ursache für diese Ungerechtigkeiten das in der Bevölkerung verbreitete Glaubenssystem ist. Die Geschichtsbücher sind voll von Beispielen langer, blutiger Tyranneien, die durch blutige Revolutionen beseitigt und durch eine neue Tyrannei ersetzt wurden. Die Art der Tyrannei kann sich ändern. Eine kommunistische Monarchie kann sich mit einer „rechten" Diktatur abwechseln, gefolgt von einer „linken" Diktatur, wiederum gefolgt von einer unterdrückerischen Theokratie, anschließend ersetzt durch ein nicht weniger unterdrückerisches „populistisches" Regime usw. So lange der religiöse Glaube an die „Autorität" bleibt, bleibt es auch bei der Unterdrückung.

Selbst die abscheulichsten Gräueltaten, die im Namen der „Autorität" an unschuldigen Menschen begangen wurden, führten bisher kaum dazu, das Konzept der „Autorität" an sich in Frage zu

stellen. Stattdessen geht es immer nur darum, sich bestimmten Tyrannen zu widersetzen. Ein Beispiel war der Widerstand gegen die Nazis durch die Kommunisten, die ihrerseits ein unterdrückerisches Regime befürworteten, was mindestens ebenso bösartig und zerstörerisch wie Hitlers Drittes Reich gewesen ist. Aufgrund ihrer religiös-autoritären Denkweise hatten die Deutschen keinerlei Chance, Frieden oder Gerechtigkeit zu erreichen. Die gesamte öffentliche Diskussion drehte sich nur darum, welche Variante einer allmächtigen Herrschaft eingerichtet werden sollte, ohne auch nur einen einzigen Gedanken daran zu verschwenden, dass es überhaupt keine solche Herrschaft geben sollte. Solche Diskussionen sind überall auf der Welt an der Tagesordnung. Es wird ständig darum gestritten, wer herrschen sollte, anstatt die Frage zu diskutieren, ob überhaupt jemand herrschen sollte.

Zwischen Weisheit und Wahnsinn

Im späten 18. Jahrhundert ereignete sich etwas sehr Ungewöhnliches, das scheinbar dazu in der Lage war, den ewigen Kreislauf der Tyranneien zu brechen. Dieses Ereignis war die Unterzeichnung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Das Ereignis war nicht ungewöhnlich, weil sich die Leute gegen einen Tyrannen auflehnten - das war bereits unzählige Male zuvor geschehen. Es war ungewöhnlich, weil die Rebellen einige grundlegenden philosophischen Prinzipien thematisierten: die Ablehnung nicht nur eines bestimmten Regimes, sondern die Ablehnung der Unterdrückung als solche. Fast.

Die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung, die einige Jahre später folgten, enthielten eine Mischung aus tiefsinnigen Einsichten und eklatanten Widersprüchen. Damals wurde nicht ausschließlich über denjenigen diskutiert, der die Macht erhalten sollte. Man konzentrierte sich stark auf das Konzept der Rechte des Einzelnen und die Begrenzung der Macht von „Staat" und „Regierung". Gleichzeitig wurde in der Unabhängigkeitserklärung behauptet, dass die „Regierung" nur dann eine rechtmäßige Rolle in der Gesellschaft spielt, wenn sie die Rechte des Einzelnen schützt. Das aber hat sich noch nie in der Praxis bewährt. Es kann noch nicht einmal einer theoretischen Prüfung standhalten. Wie zuvor erläutert kann eine Organisation, die ausschließlich die Rechte des Einzelnen verteidigt, keine „Regierung" sein. In der Erklärung wurden die unveräußerlichen Rechte festgeschrieben und garantiert, dass alle Menschen hinsichtlich ihrer Rechte „gleich sind". Die Autoren erkannten aber nicht, dass diese Ideen die Existenz einer herrschenden Klasse, auch wenn sie sehr begrenzt ist, vollkommen ausschließen. Die Prinzipien der unveräußerlichen Rechte und der Gleichheit vor dem Gesetz sind verletzt, sobald es eine „Regierung" gibt. Eines Tages wurde im Rahmen der Unabhängigkeitserklärung verkündet, dass „alle Menschen gleich sind" und einen Tag später wurde in der US-Verfassung in Artikel 1, Sektion 8, Absatz 1 festgeschrieben, dass es eine Gruppe von Menschen geben sollte, die „Kongress" genannt wird und das Recht hat, alle anderen mittels einer „Besteuerung" zu berauben.

Die amerikanische Revolution war das Ergebnis einer Reihe von widersprüchlichen Ideen. Die einen betonten die Souveränität des Individuums, die anderen unterstützten die Schaffung einer herrschenden Klasse. In der Unabhängigkeitserklärung heißt es, dass die Menschen dazu verpflichtet sind, die „Regierung" in dem Moment zu verändern oder abzuschaffen, wenn sie in die Rechte des Einzelnen eingreift. Gleichzeitig gibt die Verfassung in Artikel 1, Sektion 8, Absatz 15 dem Kongress das „Recht", Aufstände niederzuschlagen. Die Menschen haben also ein Recht auf Widerstand gegen die Unterdrückung durch die „Regierung", aber die „Regierung" hat das Recht,

solche Widerstände gewaltsam niederzuschlagen. Die Werke der „Gründerväter" bestehen zusammengefasst aus einer Mischung zwischen tiefgründiger Weisheit und vollkommenem Irrsinn. An einigen Stellen haben sie das Konzept des Selbsteigentums recht gut beschrieben, an anderen soll eine herrschende Klasse geschaffen werden. Dass beides absolut nicht zusammenpasst, haben sie scheinbar nicht bemerkt.

Das Ergebnis ihrer Bemühungen war in gewisser Hinsicht ein gigantisches Versagen. Das Regime, das sie erschaffen haben, wuchs weit über das hinaus, was sowohl die Föderalisten als auch die Anti-Föderalisten eigentlich wollten. Die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung sind beim Versuch, die Macht des „Staates" zu begrenzen, vollkommen gescheitert. Das Versprechen einer „Regierung", Diener des Volkes zu sein, den Schutz der Rechte der Menschen zu gewährleisten, sie aber ansonsten in Ruhe zu lassen, wuchs zu einem der größten und mächtigsten autoritären Imperien, die die Welt je gesehen hat. Zur größten und schlimmsten Bürokratie, Erpressungs- und Kriegsmaschine.

Die Idee war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Vielleicht ist das Wertvollste, was durch das „große amerikanische Experiment" erreicht wurde, die Erkenntnis, dass eine „Begrenzung der Regierung" oder ein „limitierter Staat" nicht funktionieren können. Es kann keinen Herren geben, der seinen Sklaven Rechenschaft schuldig ist. Es kann keinen Herren geben, der seinen Untergebenen dient. Es kann keinen Herrscher geben, der über den Menschen steht und ihnen gleichzeitig unterstellt ist.

Leider gibt es immer noch viele, die sich weigern, dieses anzuerkennen. Stattdessen behaupten sie, dass es nicht die Verfassung war, die versagt hat, sondern dass es die Menschen waren - indem sie es nicht richtig gemacht hätten, indem sie nicht wachsam genug gewesen seien oder anderweitig nachlässig waren oder Korruption zugelassen hätten. Merkwürdigerweise ist das genau die gleiche Rechtfertigung und Ausrede der Kommunisten, wenn es um die verheerenden Konsequenzen der praktischen Umsetzung ihrer falschen Philosophie geht, die zur gewaltsamen Unterdrückung führte.

Jede Form der autoritären Herrschaft führt dazu, dass einige wenige Machthaber eine Gruppe von Sklaven mit Gewalt unterdrücken. Jede Art von „Regierung", ob verfassungsmäßig, demokratisch, sozialistisch, faschistisch oder sonst irgendetwas. Das ist das Wesen der „Autorität". Das ist alles, was sie jemals gewesen ist und was sie jemals sein wird, egal wie viele Schichten von Euphemismen und wohlklingender Rhetorik bei dem Versuch aufgetragen werden, die wahre Natur der „Autorität" zu verbergen.

Der Mythos des Vertrages

Bei der Verfassung heißt es, dass es sich dabei um eine Art Vertrag zwischen den Menschen im Allgemeinen und ihren neuen „Bediensteten" im Kongress handelt. Aber das entspricht nicht einmal im Ansatz der Wahrheit. Durch die Unterzeichnung eines Vertrages kann man nicht jemand anderen zu dieser „Vereinbarung" verpflichten. Die Vorstellung davon, dass ein paar Dutzend weiße, männliche, wohlhabende Grundbesitzer eine Vereinbarung im Namen von über zwei Millionen anderen Menschen treffen, ist für sich gesehen schon absurd. Aber es kommt noch sehr viel absurder.

Ein Vertrag kann nur ein Recht für diejenigen erschaffen, die an der Verhandlung und der Einigung auf diesen Vertrag teilnehmen. Das trifft für keine einzige der „staatlichen" Verfassungen zu. Allein das Zustandekommen der Verfassungen macht deutlich, dass es sich bei ihnen nicht um Verträge handeln kann. Sie sind Versuche, das Recht zu herrschen aus dem Nichts zu generieren, egal wie „begrenzt" dieses Recht auch sein mag. Eine tatsächliche vertragliche Vereinbarung ist etwas grundlegend anderes.

Angenommen tausend amerikanische Kolonisten unterschreiben folgende Vereinbarung: „Wir stimmen zu, ein Zehntel von allem, was wir produzieren als Gegenleistung für unseren Schutz und unsere Sicherheit durch die George Washington Sicherheitsfirma an diese zu bezahlen." In so einem Fall wären sie moralisch durch die Vereinbarung an ihre Zusagen gebunden. Einen Vertrag zu schließen und anschließend zu brechen wäre schließlich eine Form von Diebstahl, ähnlich wie jemand etwas aus einem Geschäft mitnimmt, ohne dafür zu bezahlen. Durch ihre Unterschrift können sie auch nicht Unbeteiligte zu irgendetwas verpflichten. Auch nicht dazu, sich von einer George-Washington-Sicherheitsfirma beherrschen und mittels „Steuern" berauben zu lassen.

Die Verfassung gibt dem „Kongress" das „Recht", verschiedene Dinge zu tun, sie verpflichtet den „Kongress" aber zu nichts. Wer bitte, der noch bei klarem Verstand ist, würde einen Vertrag unterzeichnen, in dem keinerlei Pflichten des Vertragspartners festgeschrieben sind? Der US-Supreme Court hatte einst sogar offiziell erklärt, dass die „Regierung" bzw. der „Staat" nicht dazu verpflichtet ist, die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten (DeShaney v. Winnebago, 489 US-189). Im Endeffekt ist die Verfassung keineswegs ein brillanter, nützlicher und gültiger Vertrag. Sie ist vielmehr ein wahnwitziger Versuch einer Hand voll Männer, Millionen andere unbeteiligte Menschen einem aggressiven Kontrollapparat zu unterstellen, und zwar im Austausch zu einer Verpflichtung zu rein gar nichts.

Millionen von Konstitutionalisten versuchen verzweifelt, genau dieses wieder zurückzubekommen. Sie versuchen es im Glauben, dass sie ihr „Land" dadurch retten können. Dass sie es tun, obwohl das alles bereits beim ersten Versuch vollständig gescheitert ist, ist nur ein weiterer Beweis für die Macht des religiösen Glaubens an die „Autorität" und dessen schlimme Konsequenzen.

Revision #1
Created 16 October 2025 18:57:29 by investigatione
Updated 16 October 2025 19:05:20 by investigatione